

b unabhängige **auernstimme**



Gemeinsam für bäuerliche Landwirtschaft auf die Straße



Weidehaltung tut Tieren, Umwelt und Bauern gut



Mechanische Unkrautregulierung ist zukunftsfähiger Ackerbau



M. Großmann / pixelio.de

Bauerngold oder Problemprodukt



Die Seite 3

Gemeinsam für eine gerechtere Welt3



Agrarpolitik

Runder Tisch mit vielen Ecken.....4

Qualitätsdebatte führen5



Bewegung

Vielfalt, Dünger, Klima8

Praxis-Netzwerk mit Striegel und Hacke14

„Wo willst du eigentlich hin?“16

„Miststücke on Tour“18

Zukunft auf dem Land ist Vielfalt18

Bienen im Landschaftslabor19

Weidemilch tut Kühen gut19



Märkte

Krise im britischen Einzelhandel.....7

Nachhaltigkeit in der Fleischbranche nicht einfach10



Schwerpunkt

Düngeverordnung: Wasserschutz oder Gängelei?11

Änderung der Düngeverordnung ja - aber doch nicht so!.....12

Nur eine andere Agrarpolitik löst das Nitratproblem.....13



Zu Besuch bei Sabine Zeller und Bernd Schmitz, Seite 9; Milch, Seite 6; Nachbau, Seite 15; Gentechnik Seite 17; Aus fernen Ländern, Seite 20; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Nutztierstrategie auch fürs Wasser

Berlin dreht wieder am Düngerecht. Schon bei der letzten Reform 2017 war allen bewusst, dass sie nicht reichen würde. Die Problematik von örtlich stark gewachsenen Tierbeständen auf wenig Fläche wurde nicht angegangen. Aus dem Missverhältnis „Viele Tiere – wenig Fläche“ ergibt sich zwangsläufig ein Zuviel. Die überschüssige Gülle ist in den Intensivregionen zum teuren Entsorgungsfall geworden. Die bis weit über 1.000 Euro pro ha angestiegenen Pachtpreise verdeutlichen, wie hoch der Druck ist. Die jetzt von Berlin nach Brüssel gemeldeten Veränderungen an der Düngeverordnung werden die Flächensituation zusätzlich massiv verschärfen. Dabei sind die Pachtpreise schon jetzt ein Hauptkostenfaktor für die Betriebe. Sie werden also vor der Wahl stehen, entweder noch mehr zu bieten, um den Nachbarn zum Aufgeben zu drängen, oder aber die eigenen genehmigten Stallkapazitäten aufgrund der Güllemenge ohne Entsorgungsnachweise nicht mehr auszulasten. Beides kostet Einkommen und Existenzen.

Gleichzeitig ist offen, ob das in den Hotspots zu einem spürbaren Rückgang der Tierzahlen und Güllemengen führen wird. Zu befürchten ist vielmehr, dass vor allem größere Ställe unsichtbar die Besitzer wechseln, die ehemaligen Besitzer zu Lohnmältern werden und es zu einer weiteren Industrialisierung der Produktionsebene kommt, weil große Konzerne noch mehr Ställe übernehmen.

Bundesministerin Julia Klöckner packt das Problem wieder nicht bei den Ursachen an, sondern plant ein Bundesprogramm Gülle: Steuergeld für den Bau weiterer Güllebehälter, auch in Ackerbauregionen, und Fördergelder für die teure Separierung, also die Aufspaltung der Gülle in eine transportwürdige nährstoffreiche feste Fracht und in nährstoffarmes Wasser. Gleichzeitig werden auch all die Betriebe, die die Probleme nicht verursachen, in Mithaftung genommen: Alle müssen jede Düngung nun einzelschlagbezogen dokumentieren. Auch die Obergrenze von 170 kg Stickstoff pro Hektar aus organischer Düngung soll einzelflächenspezifisch greifen – das trifft z.B. den Biogemüseanbau, der nicht auf Mineraldünger ausweichen kann, besonders hart. Und in den nitratbelasteten Gebieten müssen alle Betriebe dann die Düngung auf 20 Prozent unter N-Düngebedarf reduzieren, auch wenn sie schon bisher maßvoll düngen und auf Maximalerträge verzichten. Es wird immer verrückter.

An zwei Stellen muss jetzt angesetzt werden:

1.) Wir brauchen einen viel stärker risikobezogenen Ansatz. Erhöhte Dokumentations- und Reduktionspflichten sind wichtig bei Betrieben mit einem hohen Tierbesatz von über zwei Großvieheinheiten pro Hektar, bei Biogasanlagen mit über zwei Kilowatt je Hektar, bei Betrieben mit Güllezukauf oder mit besonders düngintensiven Kulturen. Die Daten, mit denen Risikobetriebe identifiziert werden können, liegen vor.

2.) In den Regionen mit zu hohem Tierbesatz ist eine Reduzierung der Tierbestände nicht dem „Strukturwandel“ zu überlassen, sondern durch gezielte Umbau- und Unterstützungsmaßnahmen anzusteuern. Dazu müssen die verschiedenen Baustellen der aktuellen Landwirtschaftspolitik direkt zusammengeführt werden: mehr Tierwohl bei weniger Tieren pro Quadratmeter und folglich weniger Gülle, aber mit höheren Erlösen!

Eine Voraussetzung dafür sind faire, d.h. höhere Preise über eine strategische Marktdifferenzierung auf Grundlage einer aussagekräftigen Haltungs- und Herkunftskennzeichnung, die möglichst schnell kommen muss. Weil das allein nicht reichen wird, um die Mehrkosten der Betriebe zu decken, muss zusätzliches Fördergeld für tiergerechte und umweltverträgliche Haltungsverfahren auf den Tisch. Hier muss mindestens die so genannte „Landmilliarde“ aus dem Koalitionsvertrag eingesetzt werden. Das fordern wir allen voran von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, aber auch von Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD.

Für den Erhalt bäuerlicher Strukturen und einen Umbau der Tierhaltung hin zu einer artgerechten Haltung und flächengebundenen Tierzahlen brauchen wir überzeugende verbindliche Vorgaben, aber auch eine finanzielle Unterstützung, die den Betrieben hilft, die von der Politik geförderten Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zu korrigieren. Eine überzeugende Nutztierstrategie, die uns Bauern und Bäuerinnen wirtschaftliche Perspektiven eröffnet und gesellschaftliche Konflikte um landwirtschaftliche Fehlentwicklungen befriedet – das ist ureigene Aufgabe von Politik. Es eilt!

Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender

Gemeinsam für eine gerechtere Welt

In Oldenburg organisiert das Agrarbündnis eine bunte und bäuerliche Demo

Es sei gar nicht auszudenken, wie viele Leute wohl gekommen wären, wenn die Sonne geschienen hätte, formulierte Ottmar Ilchmann, AbL-Landesvorsitzender in Niedersachsen, schmunzelnd. Gerade hatte er im Nieselregen auf dem Schlossplatz in Oldenburg zur Abschlusskundgebung der vom niedersächsischen Agrarbündnis getragenen und maßgeblich von AbL-Vorstandsmitglied Gunda Bruns organisierten Demonstration für eine andere Agrarpolitik verkündet, dass wohl ein paar mehr als 700 Leute gekommen seien. Es waren eher tausend Menschen, die begleitet von 25 Treckern vom Bahnhofsvorplatz zum Schloss zogen, bunt, laut, friedlich. Im Agrarbündnis kämpfen bäuerliche, umwelt- und entwicklungspolitische gemeinsam mit Verbraucherorganisationen im Agrarland Nummer eins für eine andere Agrarpolitik. Zum Auftakt hatte BDM-Milchbauer Peter Habbenas aus der Krummhörn klar gemacht, dass es hier um Solidarität von Bauern, Naturschützern und Verbrauchern gehe, nicht um Hetze gegeneinander. „Im Ängste-Schüren finde ich mich nicht wieder“, sagte er und auch nicht darin, dass immer der andere schuld sei. Jeder einzelne müsse zeigen, welchen Beitrag er leisten könne: „Ich kann Fruchtfolge, ich kann Weidehaltung.“ Das Problem sei nicht, was alles von der Landwirtschaft gefordert werde, sondern dass sie ob der Beschwerden darüber nicht ins Abseits gerate. Man müsse miteinander reden, so Habbenas Appell, denn: „Wer nicht mit am Tisch sitzt, läuft Gefahr, selbst auf der Speisekarte zu landen!“

Solidarität gefragt

Die Bereitschaft zur Solidarität unterstrichen auch die weiteren Redner und Rednerinnen der Auftaktveranstaltung. Rüdiger Wohlers für den NABU forderte den Einsatz der EU-Gelder, um das Höfesterben wie auch das weitere Anwachsen der Roten Listen zu bekämpfen und rief den Schülern und Schülerinnen, die freitags für das Klima die Schule schwänzen, zu: „Lasst euch nicht bange machen!“ Die Kritiker der Bewegung würden nicht nur das globale Klima versauen, sondern auch das gesellschaftliche. Auch Wiebke Fischer vom BUND-Landesverband forderte dazu auf, immer wieder Forderungen vorzutragen. In Niedersachsen ist das zum Beispiel nach wie vor die politische Unterstützung der Weidehaltung, die Landwirtschaftsministerin Otte-

Kinast verweigert. Uwe Behrens vom regionalen Bündnis Mensch, Umwelt, Tier (MUT) brachte die Solidarität auch mit den vielen Schlachthofmitarbeitern der Region angesichts der anstehenden Europawahlen auf die Formel: „Wer Menschen versklavt und Tiere quält, wird nicht gewählt.“ Die Dimension der Schlachtindustrie in der Region Oldenburg als weiterer Auswuchs einer industrialisierten Lebensmittelherstellung griffen dann auch die nächsten Rednerinnen und Redner auf. Antje Edler, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. als Sprachrohr der Südhalbkugel der Erde im Agrarbündnis Niedersachsen, verwies auf die destruktiven Kräfte des wachsenden Exportgeschäftes der Schlachtindustrie und auf die Bauern und Bäuerinnen des Südens. Hier wie da, so ihr Resümee, habe Landwirtschaft nur eine Zukunft, wenn sie bäuerlich und ökologisch sei. Guido Grüner von der Arbeitslosen-selbsthilfe Oldenburg wie auch Peter Kossen, Prälat der katholischen Kirche in Lengerich, betonten einmal mehr die unmenschlichen Bedingungen, unter denen Menschen vor allem aus Osteuropa in den Schlachthöfen der Region

cher, Familien, Ökos, Naturliebhaber, Wissenschaftler, Schüler und Studenten, bereits durch die Oldenburger Innenstadt gewandert und gefahren mit trommelnden Sambagruppen und fantasievollen, handgemalten Transparenten.

Ausstieg aus dem Karussell

Über den Schlossplatz zogen die Düfte der zwei Bratwurststände von regionalen Erzeugern und der Nieselregen setzte ein. Trotzdem hörten die Demonsteilnehmer Milena Helberg, einer der Mitorganisatorinnen der Oldenburger Fridays-for-Future-Schülerdemo zu, als sie erklärte, dass ein Aufhalten des Klimawandels ohne die Beteiligung der Landwirtschaft nicht möglich sei. Anette Berndt als norddeutsche Verbraucherin zeichnete das Bild vom Verbraucherkarussell, in dem jeder dem anderen zurufe: „Du bist schuld – Nein, du!“, Verbraucher den Bauern und umgekehrt. Am Ende seien aus dem Karussell immer mehr rausgeflogen und allen sei übel. Sie forderte auf, aus dem Karussell auszusteigen und selbst seinen Beitrag zu leisten. „Geht auf den Wochenmarkt und zur Wahlurne!“, lautete ihre Schlussformel. Das



Alle gemeinsam: Bauern, Verbraucher...

Fotos: Schievelbein

arbeiteten. Man erzeuge ein Klima des ständigen Druckes, lehne es bewusst ab, für feste Teams oder beständige Strukturen zu sorgen, um schnell wieder loszuwerden, wer sich wehre oder nicht funktioniere, so Grüner. „Eine Gesellschaft, die so was zulässt, zerstört das Leben dieser Menschen und letztlich auch sich selbst“, sagte Prälat Kossen. Er forderte eine Behörde, die Recht und Gesetz durchsetze.

Da waren unterschiedlichste Menschen, junge, alte, Bauern, Verbrau-

allerletzte Wort war allerdings Georg Janßen, dem AbL-Bundesgeschäftsführer, vorbehalten. Er bedankte sich für die Demo, die viele klare politische Botschaften gesendet habe, aber ohne Hass und Hetze. Gerade der jüngste Terror in der Welt unterstreiche einmal mehr die Aufforderung an uns alle, uns für demokratische Strukturen einzusetzen und aktiv zu werden. Viel Leid entstehe durch den Klimawandel, durch Hunger produzierende ungerechte Verhältnisse in der Welt. „Und die CDU-



...und Sympathisanten der Generation Greta

Bundesvorsitzende und vielleicht Kanzlerkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer sagt in einem Interview, dass es den Wohlstand in Deutschland zu verteidigen gelte.“ Als ob es darum gehe, ruft Janßen, nein, es gehe um gerechte Verteilung! UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, habe vier Milliarden Dollar angefragt, um die Nöte der Kinder in Kriegsregionen zu lindern, und die Industrienationen zögerten, so Janßen. Vier Milliarden, das sei so viel wie die Schadensersatzforderungen amerikanischer Diesel-Kläger gegenüber VW. „Kinder in Not sollten mehr wert sein als manipulierte Autos.“ Er zitierte eine bolivianische Bäuerin, die gesagt habe, Bauern und Bäuerinnen dürften sich in dieser Welt nicht verstecken, sie ermöglichten mit ihrer täglichen Arbeit Leben.

„Diese Arbeit verdient Wertschätzung“, so der AbL-Bundesgeschäftsführer. Er sehe die Bereitschaft vieler Bauern und Bäuerinnen zu Veränderungen; die Agrarwende funktioniere aber nur, wenn alle zusammen Verantwortung übernehmen und die Politik den entsprechenden Rahmen setze. „Kämpfen Sie mit uns gemeinsam gegen das Höfesterben!“, rief er Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und ihrer niedersächsischen Kollegin Barbara Otte-Kinast zu. Veränderungen brauchten Beharrlichkeit, bestes Beispiel seien gerade auch die Bauern und Bäuerinnen im Wendland und die Atomkraft. „Lasst uns“, rief er zum Abschluss den Demonstranten auf dem Schlossplatz zu, „die Beharrlichkeit mit der Kreativität der Jungen zusammenwerfen und dann machen wir die Welt ein großes Stück besser und gerechter.“

Runder Tisch mit vielen Ecken

In Bayern fällt es nicht leicht, die berechtigten Interessen der Bauern mit dem Volksbegehren zu verbinden

Eriesee mit Schutzstatus

Die Bürger der am Eriesee gelegenen Stadt Toledo haben in einem Referendum ein Gesetz gebilligt, das dem See „Personenrechte“ einräumt. Damit können in Zukunft Umweltverschmutzer im Namen des Sees strafverfolgt werden. Mehr als elf Millionen Menschen beziehen ihr Trinkwasser aus dem Eriesee, darunter auch die Einwohner von Toledo. Oberflächenabfluss von landwirtschaftlichen Betrieben belastet den See mit Phosphor und Nitraten und führt im Sommer zur Bildung von großen Algenflächen und giftigen Bakterien. Durch die Algenbildung brach im August 2014 die Trinkwasserversorgung in Toledo zusammen, eine halbe Million Menschen musste über mehrere Tage mit Wassertankern versorgt werden. Das Gesetz soll jetzt den besseren Schutz der Wasserqualität ermöglichen, die juristische Gültigkeit außerhalb des Gerichtsbezirks Toledo ist jedoch umstritten. Ein Landwirt in Ohio hat bereits Klage gegen das Gesetz erhoben. Die Erklärung des Personenstatus für Lake Erie ist das erste Gesetz in den USA, das versucht, auf diese Weise Umweltschutzmaßnahmen durchzusetzen. ml

Nach dem erfolgreichen „Volksbegehren Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ stand und steht die bayerische Landesregierung vor der scheinbar unlösbaren Aufgabe, statt des abgestimmten Gesetzestextes einen neuen eigenen Vorschlag mit Erfolgsaussicht und nach Möglichkeit mit Unterstützung der Initiatoren des Volksbegehrens zu kreieren. Vier Wochen bleiben dem Ministerpräsident nach der offiziellen Verkündung des Ergebnisses Mitte März, um zu kommentieren und eine Empfehlung an den Landtag zu schreiben. Würde der Gesetzentwurf des Volksbegehrens vom Bayerischen Landtag nicht unverändert verabschiedet, käme es im Herbst zum Volksentscheid. Und bei dem würden laut einer repräsentativen Umfrage vom Februar 84 Prozent der Bevölkerung für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens stimmen. Wobei einschränkend festzuhalten ist, dass bis zum aktuellen Zeitpunkt kein Vorschlag vorhanden ist, für den sich die Wähler alternativ entscheiden könnten. Der bayerische Ministerpräsident, der bis zum Ergebnis des Volksbegehrens gemeinsam mit seiner Staatsministerin Kaniber immer wieder gegen das Volksbegehren wettete, will jetzt an einem runden Tisch, moderiert von CSU-Urgestein Alois Glück, die verschiedenen Pole zusammenführen. Volksbegehren Plus nennt Söder das Ziel. Gemeint ist hierbei allerdings nicht ein Ausbau der aktuellen Version mit landwirtschaftlich relevanten Vorgaben: Gly-

phosphatverbot, Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel oder eine flächengebundene Tierhaltung. Söder geht es vielmehr darum, den Fokus von den Bauern zu nehmen und weitere Personengruppen mit einzubeziehen. Da sollen unter Steinen begrabene Vorgärten ebenso mit aufgenommen werden wie der Einsatz von Mährobotern und der Pestizideinsatz im Hausgarten. Aber auch die kommunalen Grünflächen und Straßenränder sollen in Bezug auf ihren Beitrag zur Artenvielfalt betrachtet werden.

Förderung weiter möglich

Die durchscheinende Botschaft: Am Artenschwund sind alle schuld. Wenn das allerdings am Ende dazu führt, dass keiner was tut, dann hat zwar vielleicht Söders Strategie funktioniert, aber langfristig geholfen wäre wohl niemandem. Josef Schmid, der als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern mit am runden Tisch sitzt, ist jedenfalls vorsichtig: „Bisher ist in den zwei Treffen wenig Konkretes passiert. Aber vielleicht sollen wir hier auch nur beschäftigt werden.“ Dabei läuft die Zeit. „Es wird jetzt Zeit, konkret zu werden und über unseren Gesetzentwurf zu reden“, stellt Agnes Becker, Beauftragte des Volksbegehrens Artenvielfalt und stellvertretende Vorsitzende der ÖDP Bayern, selbstbewusst fest „Selbstverständlich sind wir dann auch bereit, über das Volksbegehren hinaus an

weiteren Vorschlägen für mehr Naturschutz in Bayern mitzuarbeiten. Wir möchten aber noch einmal unmissverständlich klarstellen, dass dies zusätzliche Maßnahmen sein müssen.“

Zur Unterstützung ihrer Position präsentieren die Befürworter Ende März ein Rechtsgutachten, das die Kritikpunkte am Gesetzestext aufheben soll. Unter anderem verneinte die mit dem Gutachten beauftragte Kanzlei Meisterernst den Vorwurf, auf den geforderten fünf Meter breiten Gewässerrandstreifen sei zukünftig keine Förderung der freiwilligen Umwandlung von Acker in Grünland mehr möglich. Auch sei es weiterhin möglich, über Programme des Vertragsnaturschutzes die im Gesetzestext festgeschriebenen späten Schnittzeitpunkte nach dem 15. Juni auf zehn Prozent der Landesfläche zu fördern. Sorge bereitete vor allem in intensiven Obstbauregionen auch die Absicht, Streuobstwiesen ab einer Größe von 2.500 qm unter Biotopschutz zu stellen. Anders als von den Kritikern befürchtet sei eine Bewirtschaftung und auch die Entnahme von Altbäumen sowie die Nachpflanzung neuer und gegebenenfalls anderer Obstsorten möglich.

Walzen oder Schleppen

Allein das Walzen bis maximal zum 15. März, um Bodenbrüter und Amphibien zu schützen, sei nicht einfach über eine Verwaltungsvorschrift zu regeln, so die Rechtsanwälte laut der Erklärung des Volksbegehrens Artenvielfalt. Hier scheinen inzwischen auch die Initiatoren verstanden zu haben, dass dieser pauschale Termin der Praxis nicht gerecht wird. Aber auch sie haben keine wirkliche Lösung und verstecken sich hinter dem Moderator Alois Glück. Der werde schon einen geeigneten Weg finden. Es dürfte auch dieser saloppe Umgang mit für die Bauern bedeutenden Regelungen sein, der innerhalb des Berufsstands Missfallen erzeugt. Dabei wäre es doch an der Zeit, gemeinsame Lösungen zu finden, die Landwirte mit ihren Kenntnissen der Abläufe, der Wetter- und Klimabedingungen an dem weiteren Prozess aktiv zu beteiligen. Ein Ignorieren der wirtschaftlichen und praktischen Anforderungen bringt hier ebenso wenig wie eine bloße Verweigerungshaltung. Es geht darum, gemeinsam einen Kompromiss zu erarbeiten, der Landwirtschaft ermöglicht und Arten schützt. Vielleicht könnte genau das ein Signal aus Bayern in die anderen Bundesländer sein, in denen aktuell über Volksbegehren zum Insektenschutz nachgedacht wird. Artenvielfalt: Bauern und Bienen retten!



Bayerisches Volksbegehren sollte für Bauern und Natur ein Erfolg werden

Foto: Gandenberger



Bison gegen Benz, Handelspolitik EU-USA blendet Bauern aus

Foto: Abl

Qualitätsdebatte führen

Im Handelsstreit mit den USA nicht die Landwirtschaft und Umwelt opfern

Frühssommer 2018. Die USA haben zusätzliche Zölle auf Stahl und Aluminium aus Europa erhoben. Um weitere Zölle etwa auf Autos und Autoteile abzuwenden, wird im Juli eine gemeinsame Erklärung zwischen der EU und den USA vereinbart. Darin sind Punkte festgelegt, worüber in den kommenden Monaten verhandelt werden soll. Zu Landwirtschaft wird festgehalten, dass die Sojaimporte aus den USA erhöht werden sollen. Das ist gelungen und bisher in erster Linie auf Handelsumlenkungen zurückzuführen, denn China hatte wiederum Zölle auf US-Soja auferlegt (Bauernstimme Februar '19).

Januar 2019. Die EU-Kommission legt zwei Mandate für Handelsabkommen zwischen der EU und den USA vor. Im ersten soll die gegenseitige Anerkennung von nichttarifären Hemmnissen (Konformitätsbewertung) angestrebt werden. Im zweiten Mandat wird der Abbau von Industriezöllen verhandelt und im Dokument steht geschrieben, dass Landwirtschaft soll ausgenommen werden. Die USA haben hingegen ein Handelsmandat auf den Weg gebracht, dass definitiv Landwirtschaft mit einschließt und zwar inklusive Marktzugang und Abbau von unterschiedlichen Standards.

März 2019

Während der Handelsausschuss des EU-Parlaments beiden Handelsmandaten der EU-Kommission Grünes Licht gegeben hat, hat das EU-Parlament den vorliegenden Mandaten eine Absage erteilt. Das hängt auch mit dem Beschluss des EU-Parlaments vom Juli 2018 zusammen. Das hält fest, dass weitere Freihandelsverträge abgelehnt werden, wenn die Ratifizierung und Umsetzung des Pariser Klimavertrags nicht Bedingung sind. Während die Zustimmung bzw. Ablehnung des EU-Parlaments deren Positionierung widerspiegelt,

ist eine Zustimmung des EU-Rats, bestehend aus den Wirtschafts- und Handelsministern der europäischen Ländern, notwendig, damit die EU-Kommission mit den Verhandlungen beginnen kann. Der EU-Rat hat sich am 22. März ebenfalls nicht durchringen können, den beiden vorliegenden Mandate zuzustimmen.

Im Vorfeld der Abstimmung im EU-Parlament hat das Netzwerk Gerechter Welt-handel (NGW) das vorliegende Handelsmandat der EU-Kommission in einem Brief an die deutschen EU-Parlamentarier kommentiert: „Die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen ist ein erster Schritt hin zu einer regulatorischen Kooperation. Die Regulatorische Kooperation degradiert wichtigen Verbraucher- und Umweltschutz zu „Handelsbarrieren.“ Diese Perspektive ist schädlich für Menschen und Umwelt. Zudem schafft sie zusätzliche Einflussmöglichkeiten von Lobbyisten auf Gesetzgebung.“ Des Weiteren fordert das Netzwerk der deutschen Handelsbewegung, dass alte TTIP-Mandat der EU-Kommission, dass noch existiert, aufzuheben, denn das könnte jederzeit Grundlage der Verhandlungen werden. Auch Friends of the Earth Europe hat einen Aufforderung an das gesamte EU-Parlament verfasst, die von 100 europäischen Organisationen gezeichnet wurde, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Würde am Ende doch um Landwirtschaft gefeilscht, dann sind größere Mengen an billigen Rind- und Schweinefleischimporte aus den USA zu erwarten. Was gänzlich versäumt wird, ist eine Qualitätsdebatte in die gesamte europäische Handelspolitik einzuziehen. Preisdumping beenden, bäuerliche Strukturen, klima- und bienenverträgliche Landwirtschaft stärken.

Berit Thomsen,

Referentin für Internationale Agrarpolitik

Mehr hormonfreies US-Rindfleisch für die EU

Im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO muss die EU jährlich 45.000 Tonnen Rindfleisch-Importe zulassen, die ohne Hormone oder ähnlichen Präparaten produziert wurden. Diese Quote steht den USA, aber auch etwa südamerikanischen Ländern und Australien zu. Die USA hatten bisher nur einen kleinen Teil dieser Quote beliefern können, andere Länder wie Australien hatten einen deutlich höheren Anteil genutzt. Im letzten Jahr haben die USA von der EU gefordert, dass 35.000 Tonnen dieser Quote spezifisch für die USA reserviert werden soll. Daraufhin hat die EU-Kommission ein Handelsmandat erhalten, um dafür einen „Kompromiss“ auszuhandeln. Am 20. März hat der Ausschuss des EU-Handelsrat, bestehend aus EU-Handels-, Wirtschafts- und Außenminister, diesem Kompromiss zugestimmt. Die USA erhalten 18.500 Tonnen Marktzugang nach Europa für hormonfreies Rindfleisch und innerhalb von sieben Jahren soll diese Menge auf 35.000 Tonnen erhöht werden. Damit bleiben nur noch 10.000 Tonnen Quote für die anderen Länder übrig. Es ist zu befürchten, dass diese Einigung nicht rechtskonform mit WTO-Regelungen ist, weshalb auf die anderen Ländern zugegangen werden soll, um Lösungen zu finden. Sowohl mit Australien, als auch mit den Südamerikanischen Ländern strebt die EU aktuell Handelsabkommen an. Diese Länder wollen mit diesen Abkommen mehr Marktzugang nach Europa für ihre Rindfleischindustrie erlangen. *bet*

Gentechnik-Produkte ohne Risikoprüfung

In den USA gibt es keine systematische Risikoprüfung von gentechnisch veränderten (GV) Organismen, die freigesetzt oder als Lebensmittel vermarktet werden sollen. Dahinter steht die Auffassung, dass es bei der Risikobewertung von GV-Pflanzen oder Tieren nicht auf das verwendete Züchtungsverfahren ankommt, sondern nur auf die Eigenschaften des Produktes. Firmen können im Vorfeld bei der zuständigen US-Landwirtschaftsbehörde APHIS anfragen, ob diese besonderen Regulierungsbedarf sieht. Ist das nicht der Fall, können die Produkte ohne weitere Auflagen und ohne Risikoprüfung auf den Markt gebracht werden. Laut Recherchen von Testbiotech hat die APHIS bereits bei mehr als 20 Pflanzen, deren Erbgut mit neuen Gentechnik-Verfahren wie CRISPR verändert wurde, von einer Regulierung freigestellt. Dabei können durch die neuen Gentechniken ganz unterschiedliche Veränderungen im Erbgut hervorgerufen werden, die sich „deutlich von denen unterscheiden, die mit herkömmlicher Züchtung erzielt werden“, so Testbiotech. Zudem unterscheiden sich die neuen Gentechnik-Verfahren grundsätzlich von der Kreuzungszüchtung, aber auch der Mutagenesezüchtung. Entsprechend größer und anders seien auch die mit diesen Veränderungen verbundenen Risiken. Die Behörde überprüfe lediglich, ob die gentechnisch veränderten Organismen eine Gefahrenquelle für die Übertragung von Pflanzenkrankheiten darstellen oder als schädliches Unkraut gelten können. In der EU unterliegen derartige Organismen der Gentechnikregulierung, daher muss in jedem Fall eine Zulassungsprüfung erfolgen. Dies bestätigte der EuGH im Juli 2018. *av*

„AbL-Vorschlag durchaus positiv, aber...“

NRW-Landwirtschafts- und Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) hat sich in einer Podiumsdiskussion am 19. März in Brüssel zum AbL-Vorschlag eines Punktesystems zur Honorierung bäuerlicher Leistungen geäußert: „Wir haben uns mit dem Punktesystem intensiv auseinandergesetzt. Dabei kam heraus, dass das durchaus ein positives Modell ist. Aber es hat noch nicht den verwaltungsvereinfachenden Zustand erreicht, mit dem man tatsächlich arbeiten kann. Da müsste noch nachgearbeitet werden.“ Der AbL-Landesvorsitzende NRW Bernd Schmitz hatte darauf hingewiesen, dass Bäuerinnen und Bauern heute schon viele positive Leistungen z.B. für Artenvielfalt, Grünlanderhalt, vielfältige Fruchtfolge und Tierwohl erbringen, die aber von den Direktzahlungen der 1. Säule bisher nicht bewertet würden. Hier setze der AbL-Vorschlag an, mit dem die von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Umwelt-Maßnahmen (Eco-Schemes) in der 1. Säule umgesetzt werden könnten. Heinen-Esser zeigte sich generell zurückhaltend zum Instrument der Eco-Schemes. Sie mahnte eine ausreichende Finanzierung der 2. Säule an. *uj*

Es gibt Besseres als „Wachsen oder Weichen“

Für Bauernhöfe sind andere Optionen wirtschaftlich attraktiv

Die Vorstellungen in der Politik und bei vielen Bauern darüber, was denn eine „zukunftsfähige Landwirtschaft“ sei, sind seit langem recht eindeutig: starkes Wachstum in der Fläche und bei den Tierbeständen; Leistungssteigerungen, wo immer noch möglich; kleinere Betriebe seien chancenlos und würden den „zukunftsfähigen“ nur Boden und Marktanteile wegnehmen. Größe und Leistung werden darüber hinaus zu Werten an sich, werden auch als Maß für die persönliche Tüchtigkeit gesehen und akzeptiert.

Wie stimmig ist diese Vorstellung von einer „leistungsorientierten, unternehmerischen“ Landwirtschaft aber, wenn man sie an den Realitäten misst? Zur Prüfung habe ich unterschiedliche Systeme der Milchviehhaltung einander gegenübergestellt. Dabei steht Niedersachsen für „Nord“, für unbedingtes Wachstum und hohe Milchleistung, Bayern für „Süd“, für moderates Wachstum und eine mehr haushälterische Wirtschaftsform mit geringerer Milchleistung, juristische Personen für „Ost“, für schiere Flächen- und Tierbestandsgröße mit höchster Milchleistung. Als Grundlage dienen die Daten der spezialisierten Milchviehbetriebe im Testbetriebsnetz der Bundesregierung. Dies ist die einzige Quelle, die repräsentative Aussagen zur Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe zulässt.

Weniger Tiere - gleiches Einkommen

Das Wirtschaftsjahr 2016/17 war für die Betriebe in „Ost“ trotz ihres immensen Flächenumfangs und ihrer sehr großen Milchviehherden ein offensichtlich sehr schlechtes Jahr. Im Vergleich zu „Nord“ hatten die Betriebe in „Süd“ trotz ihrer viel geringeren Fläche und niedrigeren Tierzahlen sowie einer geringeren Milchleistung ein (fast) gleiches Einkommen je Arbeitskraft! Die Betriebe in

„Nord“ wirtschaften sehr umsatzorientiert, die in „Süd“ dagegen mehr gewinnorientiert. Das wird begleitet durch den sehr, sehr viel niedrigeren Verschuldungsgrad der Betriebe in „Süd“.

Angesichts der starken Schwankungen der Verhältnisse im Milchsektor sagt ein Wirtschaftsjahr natürlich wenig aus. Deshalb soll nun darauf eingegangen werden, was ein Vergleich über sechs Jahre ergibt (2011/12 bis 2016/17); es handelt sich also um die Jahre vor der Milchkrise 2015 und 2016, um die Krisenjahre selber und um das Jahr danach. Für die Ausstattung der Betriebe im Testbetriebsnetz werden für diese sechs Jahre sehr unterschiedliche Strategien sichtbar:

In „Nord“ erfolgte ein starkes Wachstum bei der Fläche (um 17 ha) und bei der Zahl der Kühe (um 38 Tiere); die Milchleistung veränderte sich nur wenig. In „Süd“ war das Wachstum bei Fläche und Kuhzahl sehr viel geringer; deutlich erhöht wurde die Milchleistung (plus 330 kg/Kuh). In „Ost“ hat es keine Vergrößerung der Fläche, wohl aber ein Wachstum der Herdengröße um 7 Prozent und eine weitere Zunahme der ohnehin schon sehr hohen Milchleistung um 500 kg gegeben.

Wie entwickelten sich nun im Zeitraum dieser sechs Jahre die wirtschaftlichen Ergebnisse? Bayern hatte in jedem der sechs Jahre die deutlich höchsten Gewinne je Hektar. Beim Gewinn je Unternehmen hatte viermal Niedersachsen und zweimal Bayern die günstigsten Werte. Dabei schnitt Bayern am besten ab in den beiden Jahren, in denen das Milchpreisniveau am niedrigsten war (2014/15 und 2015/16). Um in dem Vergleich auch die juristischen Personen mit einzubeziehen, muss der Vergleich mit der Kategorie Einkommen durchgeführt werden (Einkommen setzt sich zusammen aus Gewinn plus Personalaufwand). Beim Einkommen je Arbeits-

Tabelle 1: Ausstattungsmerkmale 2016/2017

	Niedersachsen	Bayern	jur. Pers.
Landwirtschaftliche Nutzflächen in ha	94,4	50,5	1.312,1
davon Pachtfläche (ha)	56,0	29,2	962,0
davon Dauergrünland (ha)	56,2	27,4	364,4
davon Silomais (ha)	21,9	7,7	221,3
Rinder VE/100 ha	204,4	155,7	87,1
Zahl der Milchkühe/Unternehmen	112,8	45,7	639,1
Milchleistung je Kuh in kg	8.278	7.139	9.305,1
Arbeitskräfte je 100 ha LF	2,4	3,3	2,4
Zukauf Futtermittel dt/Kuh (geschätzt)	36,4	24,8	39,0

kraft führt viermal Niedersachsen und zweimal führen die juristischen Personen. Bei der Eigenkapitalbildung hatte dreimal Bayern den höchsten Wert; in einem weiteren Jahr lag Bayern gleichauf mit den juristischen Personen. Niedersachsen und die juristischen Personen hatten jeweils einmal die günstigsten Werte.

Sehr auffällig ist, dass in allen drei Systemen die Verbindlichkeiten gegenüber den Banken deutlich zugenommen haben, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß: in Niedersachsen plus 1.774 Euro/ha (= plus 75 %); in Bayern plus 525 Euro/ha (= plus 28 %) und bei den juristischen Personen plus 751 Euro/ha (= plus 58 %).

Die Betriebe im System „Süd“ haben also die bei weitem höchste Einkommensentstehung pro Hektar, liegen beim Einkommen dicht bei „Nord“ und das bei einer sehr viel niedrigeren Abhängigkeit von den Banken. Wegen ihres viel höheren Arbeitskräftebesatzes sind sie zudem viel wichtiger für die regionale Wirtschaft. Als Abschluss soll noch ein wichtiger Zusammenhang angedeutet werden: die unterschiedliche Arbeitsbelastung.

Arbeitsbelastung

Sowohl in Niedersachsen als auch bei den juristischen Personen kommen auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und umfangreiche Tierhaltung nur 2,4 Arbeitskräfte; das System Bayern ist mit 3,3 Arbeitskräften deutlich besser ausgestattet. Besonders stark sind die Unterschiede bei den Arbeiten zur Betreuung der Tiere. Im „System Niedersachsen“ entfallen auf eine Arbeitskraft alle Arbeiten für 51 Kühe und 36 weitere Rindergroßvieheinheiten. Im „System Bayern“ kommen dagegen auf eine Arbeitskraft nur 27 Kühe und 15

weitere Rindergroßvieheinheiten. Allein dieser kleine Ausschnitt mag zeigen, dass die Arbeitsverdichtung und auch die Arbeitsbelastungen für die in den Milchviehbetrieben beschäftigten Personen im „System Niedersachsen“ deutlich größer sind als im „System Bayern“. Der Arbeitskräftebesatz in den betrachteten sechs Jahren ist in Bayern 1,4-mal so groß wie in Niedersachsen.

Schlussfolgerungen

Ganz im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung, dass ein Milchviehbetrieb nur über ein starkes Wachstum bei der Flächenausstattung und beim Tierbestand sowie bei hoher Fütterungsintensität bei Kraftfutter ein gutes Wirtschaftsergebnis erzielen kann, ist ein ähnliches Wirtschaftsergebnis auch mit einer haushälterischen Strategie möglich. Zugleich verbinden sich mit dieser Strategie sehr vielfältige positive Wirkungen auf die Wertschöpfung in Dörfern und Kleinstädten sowie auf das Verhältnis von Landwirtschaft und Umwelt (letztere hier nicht gesondert beschrieben).

Konkret heißt das auch: Es gibt keinen Grund, dass sich Bauernhöfe, nur weil sie weniger Flächen zusammengerafft und kleinere Tierhaltungen haben, abgehängt und ohne Chancen – für sich, für ihre Kinder, für ihren Betrieb – sehen müssen. Das Gerede von „Wachsen oder Weichen“ dient eben auch dazu, mutlos zu machen, das Land aufzugeben, Platz zu machen für die „Wachsenden“.

Onno Poppinga, em. Professor für Agrarpolitik, Kassel

Eine Langfassung des Textes kann beim Verfasser bestellt werden. rondopopp@t-online.de

Tabelle 2: Wirtschaftliche Ergebnisse 2016/2017

	Niedersachsen	Bayern	jur. Pers.
Umsatzerlöse Tier/ha	3.436	2.747	1.472
Gewinn Euro/ha (bzw. Jahresüberschuss vor Steuer und EE bei den juristischen Personen)	610	948	-70
Gewinn Euro/Unternehmen bzw. Jahresüberschuss vor Steuer und EE	57.553	47.884	-91.438
Einkommen je Arbeitskraft (= Gewinn plus Personalaufwand je AK)	33.444	31.278	24.365
Verschuldungsgrad in Prozent	38,3	17,8	46,5
Eigenkapitalveränderung Bilanz je ha/LF	64	169	-97

Krise im britischen Einzelhandel

Discounter auf dem Vormarsch

Auch ohne Brexit haben sich in den letzten Jahren im britischen Einzelhandel große Veränderungen abgezeichnet. Mit dem Eintritt der deutschen Discounter Lidl und vor allem Aldi und der Erwartung des Einstiegs in den stationären Handel von Amazon ist die Ruhe vorbei. Jahrelang hatte Tesco (2017 Umsatz 47 Mrd. Euro in 3.500 Läden, Marktanteil 20 %) mit Abstand vor Sainsbury (31 Mrd. Euro) und Asda (25 Mrd. Euro, Tochter des US-Konzerns Walmart) die Rangliste angeführt. In den fetten Jahren 2010 bis 2012 hat Tesco z. B. Vorsteuerrenditen von 6 % erzielt und Speck (fette Boni) angesetzt. „Der Wettbewerb ist viel intensiver geworden“, verteidigt Aufsichtsratschef Allan in der „Lebensmittelzeitung“, dass ihr Umsatz 2015 abgestürzt ist und sich seither erst langsam dem 2014er Wert annähert. Der Aktienkurs bleibt aber schwach. Chefwechsel zu „Drastic“ Dave Lewis (Gehalt 4,6 Mio. Euro/Jahr), Kostensenkungsprogramme, Entlassungen waren die Folge. Und die Kostenersparnis wurde zur Preissenkung gebraucht. Das Geschäftsmodell vieler britischer Einzelhändler, das auf hohen Listungsgebühren der Industrie basiert, musste mit dem drastischen Abbau von Produkten (bei Tesco 25 %) korrigiert werden. Um gegen die zweistelligen Wachstumsraten der aufstrebenden Discounter Aldi Süd (Umsatz 11 Mrd. Euro = 4,5 % Marktanteil, Nr.8) und Lidl (7,5 Mrd. Euro = 3,2 %, Nr.10) zu bestehen, versucht Tesco selbst eine Discountermarke zu installieren – mit begrenztem Erfolg. 2016/2017 hat es im gesamten Einzelhandel zunächst eine Übernahmewelle für mehrere Mrd. Euro gegeben. Offensichtlich hat es nicht ausgereicht. Die nächstplatzierten Sainsbury und Asda wollen fusionieren, was sie mit 56 Mrd. Euro Umsatz zur Nummer eins machen würde. Ob das gelingt, scheint fraglich. Das Kartellamt hat bereits sein Veto eingelegt. Angetrieben werden alle auch von der Sorge um den Markteintritt von Amazon. Der Online-Riese hat den weltgrößten US-Biohändler

Whole Foods für 12 Mrd. US-Dollar gekauft (wohl nicht, weil er Bio so liebt!) Whole Foods betreibt in London neun Läden, die nun als trojanisches Pferd für die stationären Ambitionen gefürchtet werden. Außerdem wollen/müssen alle ihr Online-Geschäft ausbauen. Um zu konkurrieren, hat Tesco z. B. die taggleiche Belieferung auf ganz Großbritannien ausgeweitet. Das Mehrkanalkonzept kostet erst einmal viel Geld.

Und was der Brexit für Kostensteigerungen durch Importzölle usw. bringt, ist unvorhersehbar. Lieferanten sollten am besten in England beheimatet sein. Da überrascht es nicht, dass Tönnies als Großlieferant von Aldi nicht nur die englische Wurstmarke „Riverway Foods“ gekauft hat, sondern auch den Bau eines Schlachthofes erwägt. hg



Immerhin die Aussicht auf den Hafen ist super Foto: Schievelbein

Des einen Leid – des anderen ...

Monatelang waren die Schweinepreise stabil im Keller. Auch ein gesunkenes Angebot konnte nichts daran ändern. Keine Impulse aus dem Inland oder dem Export, hieß es. Doch jetzt sehen Marktexperten Hoffnung auf einen Preisaufschwung. Die Chancen kommen nach Auffassung der gesamten Fleischbranche vor allem aus China. Danish Crown rechnet mit einem Anstieg der eigenen Schweinepreise. Die klammheimliche Freude von Westfleisch-Vorstand Sönnigsen war auf der Jahresversammlung nicht zu übersehen. Und tatsächlich hat im März der Schweinepreis um 15 % angezogen. Neben dem verringerten Angebot ist ein wichtiger Grund der Anstieg der Exporte nach China. Denn dort hat sich die Schweinepest ausgeweitet, so dass seit Herbst 2017 mehr als eine Million Schweine gekeult wurden, manche sprechen sogar von deutlich mehr Tötungen, besonders in der Schweineregion Nordchinas. Da außerdem Transporte in den verbraucherstarken Süden eingeschränkt wurden, brach der Preis im Norden ein, während er im Süden kräftig stieg. Für die große Zahl der betroffenen Familienbetriebe (aber auch für manche Agrarfabrik) ist die Seuche eine Katastrophe, für die deutschen/europäischen Schweinehalter dagegen ein Lichtblick für den Export. Es sei denn, bei uns würde nur ein einziges verseuchtes Schwein gefunden – dann würden sich wohl wieder andere freuen. hg

Genehmigung für Hühnermast-Ställe gekippt

Weil die Betreiber einer erheblich erweiterten Hühnermast-Anlage im bayerischen Eschelbach zu wenig eigene Futterfläche nachweisen konnten, hat das Verwaltungsgericht München am 22.03.2019 die baurechtliche Genehmigung des Landkreises Pfaffenhofen vom Juli 2017 aufgehoben. Die bereits fertiggestellten Ställe mit insgesamt 144.600 Plätzen für insgesamt 1.084.500 Masthühner pro Jahr dürfen laut Gericht nun nicht in Betrieb genommen werden. Wegen der hohen Tierplatzzahl hängt die baurechtliche Genehmigung als im Außenbereich privilegierte Anlage daran, dass der Betreiber ausreichend selbst bewirtschaftete Fläche zum Anbau von mindestens der Hälfte des Futterbedarfs nachweist. Nur dann wird der Betrieb als landwirtschaftlich eingestuft. Laut Gericht konnten die Betreiber nicht genügend Futterfläche für einen vom Gericht geforderten Zeitraum von 30 Jahren (inkl. Pachtflächen) nachweisen. Offenbar haben die Richter den konkurrierenden Flächenbedarf einer ebenfalls zum Betrieb zählenden Biogasanlage mit berücksichtigt. Ob auch ein höherer Flächenbedarf z.B. für einen betriebseigenen Soja-Anbau angesetzt worden ist, wird der Urteilstext zeigen. Kläger ist der BUND Naturschutz Bayern. Gegen das Urteil ist Berufung möglich (Az.: M 19 K 17.3738). uj

Umweltrisiken durch neue Gentechnik

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UN Environment) warnt in seinem aktuellen Bericht „Frontiers 2018/19“ vor fünf großen Umweltrisiken, die die Menschheit vor enorme Herausforderungen stellen und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, Wirtschaft und die Ökosysteme haben werden. Diese bislang zu wenig beachteten Themen sind: die Zerschneidung von Landschaften, das Abtauen von Permafrostböden, die Stickstoffbelastung, eine Fehlanpassung an den Klimawandel und die neuesten Entwicklungen in der Gentechnik. Die neuen Gentechnik-Verfahren „schreiten rasch voran“. Zwar könnten die neuen Werkzeuge auch Vorteile bringen. Jedoch warnen die Autoren deutlich davor, dass die Fähigkeit, künstliches Leben zu schaffen und vorhandene DNA zu verändern, das Risiko von Kreuzkontaminationen und unbeabsichtigten Konsequenzen berge. Die absichtliche oder versehentliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen könne erhebliche negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt haben. Der Missbrauch dieser Technologien und die Nichtberücksichtigung unbeabsichtigter Folgen könnten zu irreversiblen Umweltschäden führen und erhebliche geopolitische Bedrohungen darstellen. Den „Code des Lebens“ zu hacken habe so große Auswirkungen, dass die Regierungen dringend zusammenarbeiten müssten, um eine sichere Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sicherzustellen. Es brauche rechtliche Rahmenbedingungen und ethische Forschungsrichtlinien. av

Die Lücken werden größer

Unter diesem Titel zur Agrar-Sozial-Versicherung hatte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zu ihrer Frühjahrstagung eingeladen. Frau Iris Flentje, sozioökonomische Beraterin der Landwirtschaftskammer informierte über die Grundlagen der landwirtschaftlichen Rentenversicherung im Vergleich zu der gesetzlichen Rentenversicherung. Festgehalten wurde, dass die landwirtschaftlichen Renten allein nicht ausreichen. Altenteil oder Einnahmen aus Verpachtung etc. sollen diese Zahlungen ja ergänzen. Andere Veränderungen geschehen abseits von der Öffentlichkeit. So wurden die Richtlinien der Krankenversicherung geändert. Dadurch gehen auch gewerbliche Einkommen (z. B. durch Einnahmen aus einer Photovoltaik-Anlage) mit in die Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge mit ein. Ulrich Jasper, Abl-Bundesgeschäftsführer, erläuterte die politischen Hintergründe. So führe die Deckelung der Krankenversicherung zu Vorteilen für große Betriebe. Auch das Beitragssystem der Berufsgenossenschaft belaste kleinere, arbeitsintensive Betriebe überproportional. Wer an diesen Regelungen etwas ändern will, muss sich für eine bessere Vertretung kleinerer Betriebe in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen engagieren, so die Erkenntnis am Ende der Diskussion. *Abl-Niedersachsen*

SchülerInnen kriegen Unterstützung

Auch Bauern und Bäuerinnen waren dabei, als am 15. März das von SchülerInnen ins Leben gerufene Aktionsbündnis Fridays for Future für den Schutz des Klimas auf die Straße ging. Was sonst Freitag für Freitag immer mehr junge Leute der 16-jährigen Schwedin Greta Thunberg nachtun, machten nun viele andere auch. Rund um den Globus beteiligten sich in 125 Ländern weit über 1 Mio. Menschen an Protestaktionen. „Wir möchten Euch danken und ermutigen, Eure konsequenten Proteste für Klimaschutz fortzusetzen. Wie niemand anders bringt Ihr als junge Menschen glaubhaft die Sorge um die Zukunft unserer Lebensgrundlagen zum Ausdruck“, schrieb Abl-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen als Solidaritätsnote an die jungen Leute. Bauern und Bäuerinnen engagierten sich für den Klimaschutz, auch weil sie oft genug und im letzten Jahr ganz unmittelbar die Folgen der laufenden Entwicklungen spürten. „Deshalb kämpfen wir für Klimaschutz, für einen klimaschonenden Ackerbau, für eine artgerechte Tierhaltung, gegen das Höfesterben und für eine Agrarpolitik, die bäuerliche Landwirtschaft bei uns und weltweit unterstützt. Eure Position und die vielen Aktivitäten machen uns Mut und geben uns Kraft, weiterhin für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen!“ Auch aus der Ökolandbauszene gab es Zuspruch und Aktionen, bereits im letzten Jahr legte ein breites landwirtschaftliches Bündnis den bäuerlichen Klimaappell auf. *cs*

IGN mit zukünftigen Aufgaben

Auf dem jährlichen Sprechertreffen der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugengebühren und Nachbaugesetze (IGN) ging es in Kassel einmal mehr um die Frage, wie es im politischen Raum mit den Regelungen im Sortenschutzgesetz weitergehen wird. Zwar sieht es konkret in Deutschland im Moment wenig danach aus, als würde sich an der aktuellen Nachbaugebührengesetzgebung in absehbarer Zeit viel ändern. Die STV versucht über unterschiedliche Wege juristisch Möglichkeiten zu manifestieren, um irgendwie an die erforderlichen Daten zur Gebührenerhebung zu kommen, nachdem schon vor Jahren die obersten Gerichte einen pauschalen Auskunftsanspruch abgelehnt haben. Ein noch nicht entschiedener Versuch ist das Abgreifen der Betriebs- und Flächendaten von einer Landesbehörde, im vorliegenden Fall in Thüringen, die diese im Zuge der EU-Agrarsubventionen erhebt. Die Behörde hat die Weitergabe verweigert, der Fall liegt derzeit vor dem EuGH. Auf europäischer Ebene könnte es nach den Europawahlen mit einer neuen Kommission und einem neuen Parlament unter Umständen auch neue Ambitionen geben, die Gesetzgebung zu öffnen, nicht unbedingt zum Vorteil der Bauern und Bäuerinnen. Hier wird die IGN die Entwicklungen verfolgen. Gleichzeitig nimmt sie sich vor, Ideen und Projekte hinsichtlich einer alternativen Züchtung ohne Nachbaugengebühren stärker zu entwickeln. Erste Ansätze sind die Kooperation mit einem britischen Rapszüchter und der europäischen Aufbereiterorganisation EMSA wie auch die Arbeit des Abl-NRW-Projektes zum bäuerlichen Saatgut. *cs*

Vielfalt, Dünger, Klima

Wir brauchen eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik!

Bei der Frühjahrstagung der Abl Bayern in Weichering mit rund 100 Teilnehmern wurde deutlich: Es braucht eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik, die sowohl den Umwelt- und Artenschutz als auch die Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe zum Ziel hat.

Wolfram Güthler leitet das Referat für Landschaftspflege und Naturschutzförderung im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz. Er ließ keinen Zweifel daran, dass die industrielle Landwirtschaft sowie der ungebremste Hunger nach Flächen für den Straßen- und Siedlungsbau wesentliche Ursache für die negative Entwicklung ist. Er stellte das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) mit einer Fördersumme von rund 44 Mio. Euro pro Jahr für 90.000 ha, vor. Mittelfristig soll die Fläche verdoppelt werden. Für eine Feuchtwiese kann ein Landwirt bis zu 850 Euro je Hektar und Jahr erhalten. Große Bedenken äußerte Herr Güthler angesichts der geplanten überproportionalen Kürzung des zukunftsfähigen Teils der EU-Agrarförderung (minus 28 %) bei den Agrarumweltprogrammen.

Kritisch äußerte sich Prof. Onno Poppinga vom Kasseler Institut für ländliche Entwicklung (KI) zur neuen Düngeverordnung. Statt des Verursacherprinzips gelte Kollektivhaftung: In den roten Gebieten werden auch die Betriebe in Haftung genommen, welche die Belastungen nicht verursacht haben. Umgekehrt dürfen Betriebe mit Nitratüberschüssen in grünen Gebieten mit niedrigeren Anforderungen weiterwirtschaften. Poppinga forderte für die Bauern neue Ziele – weg von höchsten Erträgen auf dem Acker, weg von höchsten Milchleistungen und den meisten Ferkeln. Mit starker N-Düngung und hohem Viehbesatz werden zu viel Lebensmittel erzeugt – mit schlechten Erzeugerpreisen. Solange die extensive Wirtschaftsweise nicht über den Markt honoriert werde, müsse eine staatliche Förderung für alle Betriebe, die

grundwasserschonend wirtschaften, erfolgen.

Lucia Egner und Nikolaus Winter erläuterten ihre Befürchtungen zur bodennahen Gülleausbringung. Klaus Winter veredelt seine Gülle mit einem pflanzlichen Kohlenstoffpräparat bereits im Stall und hat damit beste Erfahrungen hinsichtlich Geruchsreduktion und Stallklima gemacht. Lucia Egner befürchtet, dass die kleineren Betriebe die engen Zeitfenster und auch den wetterbedingt besten Zeitpunkt für die Gülleausbringung nur schwer einhalten können. Lohnunternehmer würden zuerst für die größeren Betriebe arbeiten. Weiter würde die Gülle mit der Schlitztechnik eingegraben, verfaule im Boden und die desinfizierende Wirkung des UV-Lichtes könne sich nicht entfalten.

Wir haben Klimawandel! – Unter dieser Überschrift standen die Vorträge von Dr. Andrea Beste, Diplomgeographin, und der Tierärztin Dr. Anita Idel. Sie stellten ihre Studie im Auftrag der europäischen Grünen vor: „Technikgläubigkeit und BIG-DATA – Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist.“ Beste erklärte, wie Äcker wirklich „klimasmart“ beackert werden können, zum Beispiel durch den konsequenten Einsatz qualitativ hochwertiger humusaufbauender organischer Düngemittel, mit ausgewogenen Fruchtfolgen, der Nutzung widerstandsfähiger Sorten sowie Misch- und Permakultur und Agroforstsystemen.

Dr. Anita Idel erklärte, warum man Rinder nicht verteufeln und das Grünland nicht unterschätzen darf. Die landwirtschaftliche Nutzfläche sei weltweit zu 70 % Grünland, in Deutschland nur ca. 28 %. Ein ungenutztes Klimaschutzpotential, denn Grünland speichert um die Hälfte mehr Kohlenstoff als die Böden in Wäldern und baut mit seiner Wurzelmasse am meisten Humus auf.

Andrea Eiter, Abl Bayern



Referenten und Vorstand der Abl-Bayern

Foto: Eiter

Betriebsspiegel:

Landwirtschaft:
88 ha Ackerland, 2 ha Grünland, 4,6 ha Wald Kartoffeln, Möhren, Zwiebeln, Industriegemüse
Gemüsegärtnerei:
2 ha Fläche und 2000 m² Folienhäuser; vielseitiger Feingemüseanbau, eigene Jungpflanzenanzucht und Kräutertöpfe; Vermarktung über 2 Wochenmärkte sowie Bio-Läden und Restaurants im Umkreis; Hofläden

Wow, unser Trecker hat es nach einem Weg von 350 Kilometern auf das Titelbild der Bauernstimme vom Februar geschafft. Im Hintergrund das Brandenburger Tor. Unser Trecker war dabei – wir nicht. Wir haben hier die Stellung auf dem Hof und auf dem Wochenmarkt gehalten.

Rosenmontag im Rheinland ist immer etwas Besonderes. Zum einen wird nur das allernötigste an alltäglicher (Bauern-)Arbeit gemacht und zum anderen werden die meisten Motowagen bei den Rosenmontagsumzügen von Schleppern gezogen, die für die Brauchtumpflege vorher einen Waschtage hinter sich haben.

Unsere Trecker blieben aber zuhause, sie werden neben der Hofarbeit für den Protest gegen die Entwicklungen beim Bayer-Konzern und zum Mahnen in Sachen Klimawandel ihren Einsatz finden. Stattdessen waren wir zu Fuß in Sachen „Gemüse der Saison aus der Region“ unterwegs, unterstützt von einem Lastenrad mit E-Unterstützung und einem Handwagen. Mit ersterem holt unsere „Depotbetreuerin“ das Gemüse für die Hennefer unserer Solidarischen Landwirtschaft „Hanfer Hofgemüse“ ab. Mit diesem Betriebszweig sind wir schon das sechste Jahr unterwegs und hatten uns vorgenommen, dies im Stadtgebiet noch bekannter zu machen.

Tue Gutes und rede darüber, heißt es in einem Spruch. Wir hatten die Idee, nicht unbedingt nur zu reden, sondern uns in etwas ungewöhnlicher Weise ins Gespräch zu bringen. Als die Idee mit der Umzugsteilnahme im „Depot“ geboren wurde, hatte noch niemand eine Vorstellung, wie das denn nun in der Praxis dargestellt werden könnte. Ab Januar galt es dann doch, Ideen zu sammeln und sich auszutauschen. Nicht nur E-Mails und Handynachrichten wurden untereinander verschickt, sondern auch die Treffen des Organisa-

Junge Leute haben sich mit unserem Schlepper auf den Weg gemacht. Danke an dieser Stelle an Barbara und Manuel! Uns wird das mittlerweile zu anstrengend. Und nicht nur die Treckerfahrt nach Berlin, auch das tägliche Ackern. Und so ist gerade unser Thema und unser ganz großes Vorhaben, hier mit jungen Menschen auf dem Hof zu leben und das Wirtschaften nach und nach abzugeben. Anfangs – vor dreißig Jahren – war es Pionierarbeit. Und es war noch nicht sichtbar, wie es in dreißig Jahren hier auf dem Hof aussehen würde. Auch damals gab es viele Mitstreiterinnen und Weggefährten. Und es gab den

Generationswechsel mit Helmut's Eltern.

Inzwischen arbeiten viele Menschen hier auf dem Hof und in der dazugekommenen Gemüsegärtnerei. Einige sind dafür neu hier ins Dorf gekommen. Und es gab welche, die schon vorher in Esperde gelebt haben und hier auf dem Hof einen sinnvollen Arbeitsplatz gefunden haben. Zwei junge Familien, zum Teil ehemalige Auszubildende, sind im März bei uns eingezogen: Joachim und Anna mit dem kleinen Hagen und ein paar Hühnern, Jule und Benjamin mit Adam und Luise. Wir selbst sind auf dem Hof in eine andere Wohnung gezogen. Und wir ma-

chen uns viele Gedanken, wie es auf dem Marienhof in fünf und dann irgendwann in dreißig Jahren aussehen könnte.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft bereitet uns viel Kopfzerbrechen: Landwirtschaft vor Ort statt Wachstum und Export? Wird unser Konzept der Direktvermarktung in der näheren und weiteren Region auch in Zukunft funktionieren? Ist ein Hof unserer Größe überhaupt noch überlebensfähig in der nächsten Generation? Wie geht es weiter mit der Bio-Landwirtschaft? Wie wird sich der Klimawandel auswirken? Schon letzten Sommer hatten wir eine schlechte Ernte. Unsere Tochter organisiert Fridays for Future in Hameln mit. Haben wir nicht immer zu viel gearbeitet? Die jungen Leute haben andere Vorstellungen von Arbeit. Ist Bio-Landwirtschaft möglich mit weniger Arbeit? Und wie wird sich unser gemeinsames Leben auf dem Hof in Zukunft gestalten? Wir sind gespannt. Und freuen uns und sind optimistisch angesichts so vieler junger Menschen um uns herum, hier im Haus, bei den freitäglichen Schulstreiks und auf der Wir-haben-es-satt-Demo in Berlin.

Sabine Zeller,
Esperde

„Landwirtschaft vor Ort statt Wachstum und Export“



Gemeinsam auf neuen Wegen

tionsteams hatten den bevorstehenden Termin auf der Tagesordnung, bis dann klar war, wer sich um was kümmern würde, wo und wie Material für die Kostüme zu bekommen ist, um das Gemüse auch ins Auge springen zu lassen. Doch wer einmal so einen Straßenkarneval erlebt hat, weiß, da wird auch was unter die Leute gebracht, in den meisten Fällen aber „olle Kamelle“. Natürlich nix für uns, da waren sich alle so ziemlich einig. Also wurde hier und da noch nachgefragt, ob es Unterstützung von außen gibt, um was in den Händen zu haben. Unsere Kinder, wie immer mitten drin im Geschehen, überlegten sich, am Tag vorher auf den Zügen in anderen Orten kräftig zu sammeln und alles an „Kamelle“, was über den Eigenbedarf hinaus geht, wie-

der unters Volk zu bringen – „Taste the Waste“ mal ganz anders gelebt. Einige Solawi-Mitglieder trafen sich samstags auf dem Hof, um noch etwas Spezielles vorzubereiten. In Butterbrotbeutel wurden bei viel Spaß an der Freud Kartoffeln eingepackt und ein Infozettel dazu. Auch diejenigen, die am Montag dann nicht dabei sein konnten, leisteten so ihren Beitrag zum Ganzen.

Rosenmontag hieß es dann, früh genug die Hofarbeit erledigt haben, alles rechtzeitig zum Treffpunkt bringen und den Platz zur Aufstellung finden. Klar war die Aufregung groß, denn in der City waren wir noch nie beim Umzug dabei gewesen. Als sich dann Brokkoli, Erbsen und Möhren und kleine Gärtnerinnen zu einer gut gelaunten Gruppe

zusammengefunden hatten, konnte nix in der Welt mehr den Riesenspaß in der Gemeinschaft bremsen. Selbst ein kräftiger, kalter Regenschauer wurde mit einem lauten „Gemüse braucht Wasser“ nicht zum Spielverderber.

Für ein gutes weiteres Jahr mit der Solidargemeinschaft, ein lautes und buntes „Hof-Gemüse“!

Bernd Schmitz,
Hennef-Hanf

Betriebsspiegel:

Bäuerlicher Demeter Betrieb
63ha Grünland, davon
9 ha Naturschutzflächen
16ha Acker, davon
1,5ha für Solidarische Landwirtschaft
45 Milch-Kühe und 55 Jungtiere

Nachhaltigkeit in der Fleischbranche nicht einfach

Ein Workshop der Leuphana-Universität Lüneburg macht viele Fässer auf

Fleischbranche unter Druck

Das Frühjahr ist die Zeit der Bilanzen. Westfleisch und Tönnies haben ihre vorgelegt. „Selbstbewusst und innovationsfreudig mit Volldampf voraus“ (Westfleisch) und „Vorreiter bei Tierschutz, Qualität und Transparenz“ (Tönnies), so die offizielle Darstellung. Tatsächlich ist die Unruhe nicht zu übersehen, der Markt steht vor einem drastischen Wandel. Die Anforderungen der Gesellschaft/ der Verbraucher, der rückläufige Fleischabsatz, die heftige Branchenkonkurrenz und der Preiskrieg im Handel und im Export – die Lage widerspricht der Performance. Die Umsatzzahlen gehen leicht zurück, bei Westfleisch auf 2,6 Mrd., bei Tönnies auf 6,6 Mrd. Euro. Die Rinderschlachtungen sind kaum steigend, bei Schweinen eher negativ (Westfleisch minus 5 %). Auch wenn beide Unternehmen gute Eigenkapitalquoten vorweisen, muss doch befremden, dass Westfleisch wie im Vorjahr nur einen Jahresüberschuss von 12 Mio. Euro erzielt hat (Umsatzrendite 0,5 %), d. h. einen Gewinn von 1 ct/kg Schwein und 3 ct/kg Rind. hg

Beim Plaudern zwischen Sojahacketaschen und Tofugulasch bringt ein Teilnehmer in der Mittagspause des Workshops das Ganze auf den Punkt: „Interessant ist doch, dass eine Veranstaltung zum Wandel in der Fleischbranche von der Uni gemacht wird und nicht von der Landwirtschaftskammer.“ Die Leuphana-Universität im niedersächsischen Lüneburg hat keine Agrarfakultät. Eingeladen zu dem Workshop „Die Fleischbranche im Wandel – Wege und Ansätze einer Nachhaltigkeitstransformation“ hatte das Centre for Sustainability Management (CSM), also so etwas wie das Fachgebiet Nachhaltigkeit am Uni-Campus. Sein Leiter, Professor Stefan Schaltegger, markierte in seinen einleitenden Worten denn auch den universellen Anspruch: „Nachhaltigkeit lässt keine Branche unverschont.“ Deshalb hätten sie hier auch schon Workshops zu Smartphones oder Mobilität gemacht und nun eben die Fleischbranche. „Vor dem Hintergrund des aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurses in Bezug auf derzeitige Produktions- und Konsummuster werden innovative Konzepte für eine nachhaltige Gestaltung der Fleischbranche entwickelt und umgesetzt“, verspricht der Flyer zur Veranstaltung. Dabei spannt sich der Bogen der angerissenen Themen von Tierwohl über Regionalität bis hin zu alternativen Proteinquellen wie Insekten oder Algen. Entsprechend groß ist die Mischung der Teilnehmenden. Am Ende bleibt der Fokus im Wesentlichen auf der Landwirtschaft, auf der Frage, was geht und was nicht geht. Sie wird im Saal unterschiedlich beantwortet. Schon in der Auftaktveranstaltung am Vorabend stellt Geschäftsführer Christoph Dahlmann mit der Biofleisch NRW e. G. eine Genossenschaft vor, in der Bauern und Bäuerinnen, Bio wie konventionell im Neuland-Programm, Tiere artgerecht halten und entsprechend auch höherpreisig vermarkten. Er macht deutlich, dass Nachhaltigkeit mehr bedeutet, als ressourcenschonend zu wirtschaften oder gesellschaftlichen Wünschen nach mehr Tierwohl nachzukommen. Nachhaltigkeit ist auch, Mitarbeitern in der Schlachtbranche Respekt und attraktive Arbeitsplätze mit einer angemessenen Bezahlung zu bieten und Bauern und Bäuerinnen faire Preise, Mitsprache und Existenzperspektiven jenseits des Wachstums oder Weichens.

Schubladen

Am nächsten Tag macht dann Dorit Stehr vom niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

cherschutz erst einmal deutlich, welche Baustellen alle noch zu bearbeiten sind. Gleichzeitig stellt sie den schon unter Amtsvorgänger Lindemann aufgelegten und unter Vorgänger Meyer fortgeführten Tierschutzplan heraus. Dass inzwischen unter der aktuellen Amtsinhaberin Barbara Otte-Kinast (CDU) keine konkreten Ziele mehr festgeschrieben sind, sagt sie nicht, wohl aber, dass die Ringelschwanzprämie für unkupierte Schweinebestände von immer mehr Betrieben beantragt werde. Bauern und Bäuerinnen sind also durchaus bereit, sich auf den Weg zu machen, wenn es denn finanzielle Anreize und feste Rahmenbedingungen gibt. Dass es gerade im Schweinebereich an letzterem mangelt, machte Stehr ebenfalls deutlich. Bei den Themen Kastration und Kastenstand warte man „dringend darauf, dass der Bund tätig wird“. Gerade beim Kastenstand liege, so Stehr, schon seit Juli eine Verordnung bei „Frau Klöckner in der Schublade, aber sie kommt nicht“. Offenbar gebe es da starke Kräfte dagegen, so ihre etwas konsternierte Analyse.

Gewagte Forderung

Viel Kraft saß mit Kreislandwirt Thorsten Riggert im Publikum. Er mahnte zur Wissenschaftlichkeit, stellte die im Eingang der Veranstaltung vorgebrachten Nachhaltigkeitsaspekte in Frage und teilte mit, dass sich die Landwirtschaft auf internationalen Märkten bewege und damit umgehen müsse. Der Verbraucher wolle im Zweifel doch nicht zahlen und mit dem Biowachstum sei es auch nicht so weit her. Zuvor hatte Benno Fladvad vom WWF gewagt,

die politische Forderung nach einer flächengebundenen Tierhaltung zu erheben – er musste sich von unterschiedlichen Seiten anhören, das sei praxisfern. Eigentlich hatte er ein Projekt vorgestellt, das der WWF gemeinsam mit Edeka betreibt, bei dem es um die Reduzierung des Einsatzes von Überseesoja mit schlechten Umweltwirkungen geht. Aber wer soll das alles bezahlen?

Workshop-Teilnehmer Albert Sundrum, Professor für Tierernährung und Tiergesundheit der Universität Kassel in Witzenhausen, kritisierte seine Lüneburger Kollegen dafür, nicht die Treiber der negativen Entwicklungen zu identifizieren, die Bauern und Bäuerinnen in die Industrialisierung drängen würden, um immer billigeres Fleisch mit all den benannten negativen Wirkungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu produzieren. Die Referentin von Aldi Nord, die etwas zu den Handlungsmöglichkeiten des Handels hätte sagen sollte, hatte wegen Krankheit abgesagt. Die Bauern und Bäuerinnen müssten von der Gesellschaft für positive Umweltleistungen, die sie zu erbringen bereit wären, honoriert werden, forderte Sundrum. „Wir haben es hier mit Marktversagen und damit auch mit Staatsversagen zu tun“, resümierte Gastgeber Schaltegger. Griffe der Staat ein und finanziere einen Umbau der Tierhaltung, provoziere er womöglich die Kritik der Steuerzahler ob des enormen Geldeinsatzes. Was würde wohl der Steuerzahler dazu sagen, wenn er wüsste, wie sehr er die bisherigen Fehlentwicklungen finanziert? cs



Nachhaltigkeit in der Fleischbranche im Fokus der öffentlichen Debatte

Foto: Schievelbein



M. Großmann / pixelio.de

Düngerordnung: Wasserschutz oder Gängelei?

Der Blickwinkel ist ganz entscheidend für die geforderten Maßnahmen

Aktuell sind die Gesetze zur Umsetzung der 2017 novellierten Düngerordnung (DüV) noch nicht abschließend verabschiedet, da wird auch auf Druck aus Brüssel bereits über eine weitere Verschärfung der Düngerordnung diskutiert. Brüssel droht mit Strafzahlungen von 858.000 Euro täglich, wenn Deutschland nicht nachbessert. Gleichzeitig riskiert das Bundeslandwirtschaftsministerium im Falle der Untätigkeit, dass Brüssel eigene Verordnungen erlässt, die dann umgesetzt werden müssten. Genannt wird hier beispielsweise eine weitere Reduktion des Grenzwerts für organische Düngemittel von 170 kg N/ha auf 130 kg N/ha. Das wäre dann ganzflächig eine noch größere Reduktion, als sie derzeit mit den 20 Prozent „Unterdüngung“ für die roten Gebiete angedacht ist. Rot ist ein Gebiet im Sinne der DüV, wenn der Schwellenwert für Nitrat in mehr als 50 Prozent des Grundwasserkörpers, der mehrere hundert Quadratkilometer betragen kann, überschritten wird.

Verschiedene Zuständigkeiten

Die aktuelle Unsicherheit vieler Betriebe aufgrund der trotz Novellierung rechtlich immer noch ungeklärten Situation entsteht auch durch unterschiedlichste Zuständigkeiten. Neben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die von der EU-Kommission überwacht wird, und dem Bundeslandwirtschaftsministerium, das für die nationale Düngegesetzgebung zuständig ist, ist auch das Bundesumweltministerium als federführender Ansprechpartner im Vertragsverletzungsverfahren direkt betei-

ligt. Dass die Ministerinnen unterschiedlichen Fraktionen, Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner der CDU und Bundesumweltministerin Schulze der SPD, angehören, dürfte die Kommunikation nicht unbedingt vereinfachen.

Lobbyarbeit

Seit vielen Jahren wird, auch von Trinkwasserversorgern, vor steigenden Nitratwerten gewarnt. Klare Regelungen hatten diese Hinweise meist nicht zur Folge. Höhere Kosten für die Trinkwasseraufbereitung wurden nicht den schwer festzumachenden Verursachern auferlegt, sondern werden von den Verbrauchern mit steigenden Wasserrechnungen bezahlt. Dabei scheint die Problematik, wenn man sie von der Seite eines sauber zu haltenden Grundwassers her betrachtet, klar zu sein. Die Nitratreinträge müssen reduziert werden. Im Fokus vieler Betriebe hingegen dürfte viel weniger der gute Erhaltungszustand des Grundwasserkörpers als vielmehr die Existenzsicherung des eigenen Betriebes liegen. Alle Ställe und auch der Zuwachs der vergangenen Jahre sind dabei von öffentlichen Stellen genehmigt worden, meist mit einem direkten Bezug zur Fläche oder aber über die Verpflichtung zur Vorlage von Gülle-Abnahmeverträgen. Vor allem aus diesem Grund bewegen sich die Pachtpreise in den Intensivregionen in aus rein ackerbaulicher Sicht absolut unrentablen Höhen. Das immer weitere Wachstum ließ die Betriebe in manchen Regionen bis an die Grenze der rechtlich zulässigen Düngemengen und damit Tierzahlen wachsen. Die jetzt an-

stehenden Kürzungen verschieben die Grenze des Zulässigen nach unten, ohne dass die Betriebe Ausweichmöglichkeiten haben. Dass dies auch im Bundeslandwirtschaftsministerium so gesehen wird, zeigt die Ankündigung von Staatssekretär Aeikens, dieses Jahr ein „Bundesgülleprogramm“ mit fünf Millionen Euro aufzulegen, das Lagerkapazitäten in den Ackerbauregionen schaffen soll, um die Veredlungsregionen zu entlasten.

Unterernährung

Der Standortvorteil, der zur Entstehung der Intensivregionen geführt hat, ist durch die neuen Auflagen zum Nachteil geworden, ohne dass die Betriebe, die viele Jahre Planungsvorlauf brauchen, darauf hätten reagieren können, weil auch die Vorgaben aus der Politik diese Verschärfung nicht erwarten ließen. Hätte man es wissen müssen, wissen können, oder war es bewusst und man hat trotzdem nicht reagiert? Zumindest der Bauernverband scheint auch jetzt die Dramatik der Situation noch nicht verstanden zu haben. Da wird von Raubbau am Boden, verhungerten Pflanzen und dem Zusammenbruch des Qualitätsweizenanbaus gesprochen, wird der Nahrungsnotstand aufgrund verminderter Ernten angedroht, wenn zukünftig weniger gedüngt werden darf. Am besten weiter wie bisher, scheint die zentrale Botschaft. Zu einer Demo in Münster Anfang April werden tausende Bauern erwartet. Auch die Bundeslandwirtschaftsministerin will kommen und ihr Vorgehen verteidigen. Die aktuellen Signale der EU-Kommission geben eher

Hinweise auf noch weitgehendere Verschärfungen, längere Sperrzeiten und Einschränkungen in Hanglagen. Damit wären auch viele Betriebe betroffen, deren Höfe nicht in den roten Nitratüberschussregionen liegen. Der Agrarsprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag möchte mit diesen Verschärfungen für alle die Betriebe in den Intensivgebieten entlasten. Auf Verschleierungsmanöver setzen offenbar auch einzelne Landwirtschaftskammern, die darauf drängen, dass die Landesministerien die von Nitratüberschüssen betroffenen Gebiete möglichst klein machen, damit sich „nicht so viel ändern muss“.

Weniger Tiere

Dabei ist es nicht der Status quo, den es zu erhalten gilt, sondern die wirtschaftliche Grundlage der Betriebe. Der schon seit längerem diskutierte Umbau der Tierhaltung, bei dem neben der Nährstoffproblematik ja auch noch die Haltungsbedingungen mit geringeren Belegdichten, Kastration und Kupierverbot anstehen, könnte einen Rahmen geben. Was spräche gegen einen Abbau der Bestände, wenn er nicht zu Lasten einzelner Betriebe, sondern in der Fläche erfolgen würde? Warum will das Landwirtschaftsministerium den Transport von Gülle über viele hundert Kilometer fördern, anstatt die Betriebe dabei zu unterstützen, weniger Tiere mit mehr Tierwohl bei gleichem Einkommen zu halten und so auch die Gülleproblematik zu entschärfen? *mn*

Änderung der Düngeverordnung ja – aber doch nicht so!

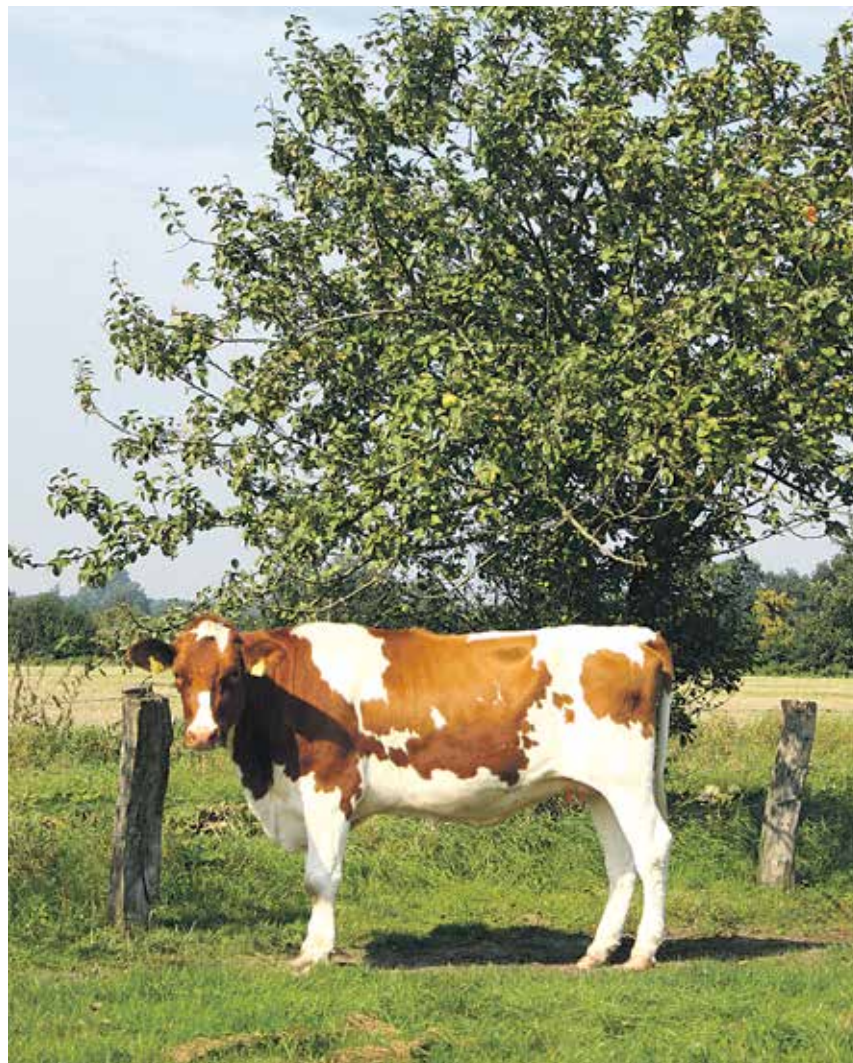
Schon lange ist klar, dass zu viel Nitrat in die Umwelt gelangt und bislang zu wenig dagegen getan wurde

Bei der neuen Düngeverordnung (DÜV) geht es im Kern darum, Nitratauswaschung ins Grund- oder Oberflächenwasser zu verhindern. Das ist ein wichtiges Anliegen! Andere Formen von Stickstoffverlusten – als Ammoniak, als Lachgas, als atmosphärischer Stickstoff – spielen begleitend eine Rolle. Das Thema hat eine schon lange Geschichte: Es war 1985, als von der EU die Obergrenze für Nitrat im Trinkwasser auf max. 50 mg/Liter festgelegt wurde (zuvor waren es 80 mg gewesen). Begründet wurde dies mit der Gefahr der Umwandlung von Nitrat in Nitrit und weiter in Nitrosamine im menschlichen Körper mit der Folge schwerer Erkrankungen (vor allem bei Kleinkindern). 1991 machte dann die „Nitratrichtlinie“ klare Vorgaben.

In der Landwirtschaft war noch in den 1960er Jahren Stickstoff der ertragsbegrenzende Faktor gewesen. Ab den 70ern entwickelten sich schnell in den unterschiedlichsten Regionen N-Überschüsse mit Folgen für die Trinkwassergewinnung: in Weinbaugemeinden an der Mosel (damals erhielten vielerorts Reben 200 kg N/ha und mehr), in Grünlandregionen wie Kempten/Allgäu (viel zugekauftes Kraftfutter führt zu viel Gülle), in den frühen Zentren der agrarindustriellen Tierhaltung (Süddoldeburg / Emsland / Münsterland), wo sich die Gülleflut mit der Ausdehnung des Maisanbaus verschwisterte. In den 80er Jahren gab es den ersten Gülleerlass: Es wurde versucht, durch zeitliche Vorgaben (Ausbringungsverbote von ... bis ...), mit Verpflichtungen zu längeren Lagerungsmöglichkeiten und Vorgaben von Obergrenzen für die Gülleausbringung die Gülleflut zu beherrschen. Vergeblich! Immer tiefer mussten die Trinkwasserbrunnen gebohrt werden.

Zukunftsweisende Modelle

Der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft betrat als „Akteur“ die politische Bühne. Erfreulich und in die Zukunft weisend entwickelten sich viele der aus der regionalen Betroffenheit heraus geborenen Kooperationsmodelle zwischen Landwirten und Wasserschutzgebietsberatern. Beide mussten die Feinabstimmung zwischen Fruchtfolge, Bodenbearbeitung und Stickstoffdüngung neu lernen, mit einigen Erfolgen! Die Ökolandwirtschaft als Wirtschaftsweise, die sauberes Wasser ermöglicht, wurde entdeckt. (Allerdings musste auch zur Kenntnis genom-



Weidehaltung düngt sehr punktuell

Foto: Herzog

men werden, dass falsche Bodenbearbeitung auch bei Ökolandbau Stickstoffverluste anrichten kann). Wichtig bis heute waren aber auch die vielen Dauerdüngungsversuche, die in den 90er Jahren von der Agrarverwaltung angelegt wurden. Wichtig, weil man an ihnen lernen kann, dass eine gegenüber den „Norm-Empfehlungen“ der Düngegeratung deutlich reduzierte Stickstoffdüngung kaum bzw. keine ökonomischen Nachteile bringt. Mitte der 90er Jahre wurde dann mit der Bilanzierung von Stickstoffein- und -austrägen begonnen. Das Ergebnis: In allen Jahren gab es in Deutschland (mit leichten Schwankungen) einen Stickstoffüberschuss von etwa 100 kg N je ha. Dieser stellt neben der Gefahr einer Wasserverschmutzung für die Landwirtschaft auch einen riesigen wirtschaftlichen Verlust dar (jedes Jahr 1,8 Mrd. Euro)! Die staatliche Agrarpolitik hat die Stickstoffüberschüsse durchaus provoziert: z. B. durch Förderung von Stallbauten ohne vertretbaren Bezug zur Nutzfläche; z.B. dadurch, dass die Gülle aus Biogasanlagen gar nicht mit

berücksichtigt wurde; z. B. durch Förderung weiterer Güllesilos und Ferntransporte der Gülle und durch das Setzen auf technische Lösungen (Separierung; Schleppschlauch-, -schuh- und Schlitztechnik). Generell gilt auch: Landwirtschaftliche Betriebe sind ein wichtiger Teil der Stickstoffproblematik; sie sind aber nicht allein verantwortlich zu machen. Von der Agrarpolitik über die Ammoniakindustrie bis zur Beratung gibt es eine lange Verursacherkette!

Für echte Verbesserungen

Bei der jetzigen DÜV sind es vor allem drei Vorgaben, die eine tatsächliche Verbesserung der Verhältnisse in Frage stellen: 1. Das Netz der DÜV wird über alle Betriebe geworfen, unabhängig davon, ob ihre Wirtschaftsweise das Risiko einer Überdüngung beinhaltet oder nicht. So müssen sich z. B. in den Gebieten mit vorliegender Überschreitung der Obergrenze in den Messstellen („Rote Gebiete“) alle Betriebe den verschärften Regulierungen unterwerfen, auch die, die kein Risiko darstellen.

Das ist das Gegenteil einer verursachergerechten Regelung! Zwar gibt es Ausnahmemöglichkeiten (Beispiel Bayern: Betriebe mit Kontrollwerten unter 35 kg N/ Ökobetriebe/ Betriebe mit Wasserschutzgebietskooperationen), sie sind aber nicht ausreichend. Stattdessen sind alle Betriebe, die kein Risiko einer Stickstoffüberdüngung aufweisen, von der DÜV komplett auszunehmen.

2. Die DÜV geht das Problem übergroßer Tierbestände und eines nicht akzeptablen Tierbesatzes je Fläche nicht direkt an. Die verpflichtende Forderung von Feld-Stall-Bilanzen bzw. von Stoffstrombilanzen wird das Problem massierter Tierhaltung aber nicht lösen können. Stattdessen werden diese Betriebe ihr Heil in politischem Protest, in verantwortungslosem Verhalten bei Landpacht und -kauf sowie im dauerhaften Ferntransport von Gülle suchen. Tausende Tankwagen, die über Bundesstraßen und Autobahnen die Gülle auf Ackerbaubetriebe zu verteilen suchen – wenn die denn wollen und das auf Dauer! Stattdessen ist das Problem übergroßer Tierbestände direkt anzugehen; Vermutlich wird es keine andere Lösung geben, als übergroße Tierbestände „herauszukaufen“ und verpflichtende Obergrenzen für Tierbesatz je Betrieb und Fläche einzuführen.

3. Die DÜV versucht, starre Vorgaben bei der technischen Ausbringung der Gülle durchzusetzen. So richtig es ist, eine deutliche Verminderung der Stickstoffverluste bei der Ausbringung (und im Stall und bei der Lagerung) einzufordern, so fragwürdig ist die Einnennung auf drei im Augenblick vorhandene Ausbringungsformen. Dafür sind die Wirkungen von Schleppschlauch-, -schuh- und Schlitztechnik viel zu fragwürdig („Güllewürste“, Futtermittelschmutzung, Zerstörung der Grasnarbe, Bodenpressung, Unfallgefahr, hohe Investitionskosten bzw. gesteigertes Risiko von Ammoniakverlusten bei Fremdmechanisierung). Stattdessen sind in Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Untersuchungsanstalten Verfahren zu entwickeln, die sowohl im Stall, bei der Lagerung und bei der Ausbringung Ammoniakverluste stark verringern. Erfreulicherweise ist hier viel in der Diskussion und in der praktischen Erprobung.

Onno Poppinga, em. Professor für Agrarpolitik, Kassel

Nur eine andere Agrarpolitik löst das Nitratproblem

Fränkische Bio-Bauern schreiben Positionspapier zur Düngeverordnung

In Franken haben einige Bio-Bauern und -Bäuerinnen Bedenken hinsichtlich der strukturpolitischen Auswirkungen wie auch der Wirksamkeit der aktuell gültigen Düngeverordnung (DüV) angemeldet. „Es geht um die Sinnhaftigkeit der geforderten Technisierung, es geht aber auch darum, dass wir eine andere Agrarpolitik brauchen, um bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und die Umwelt zu schützen“, bringt es Jens Martin Keim, einer der Sprecher der Bioland-Bauern auf den Punkt. Sie haben ein sehr umfangreiches Positionspapier formuliert, mit dem sie aktuell die Politik und die verschiedenen staatlichen Untersuchungs- und Überwachungsstellen konfrontieren. Bio-Bauer Keim erklärt: „Das Besondere an dieser Aktion weniger Bauern ist, dass wir umfassend Datenmaterial recherchiert und zusammengestellt haben. Das Papier kann von den Verantwortlichen nicht einfach weggelegt werden.“ Er sieht bereits erste Erfolge: Es gebe eine Bewegung unter den Bauern und Bäuerinnen und die werde von Politik und Untersuchungsanstalten endlich wahrgenommen. Dort sei man immer noch davon ausgegangen, dass alle technischen Änderungen problemlos umzusetzen seien. Wie groß der Unmut in der Landwirtschaft sei, so Keim, sehe man schon daran, dass auf eine Online-Umfrage der Bauern und Bäuerinnen zum Thema innerhalb von zweieinhalb Wochen 1.200 Rückmeldungen von Praktikern gekommen seien. „Inzwischen waren wir schon mit Güllewürsten und Bio-Heumilchkäse im Landtag“, berichtet Keim. Es gebe die Zusage von Politik und Behörden, mikrobielle Grundlagenforschung zu beginnen, bei Versuchen in Franken auch Breitverteiler und Güllezusätze zu berücksichtigen, praxisnahe Versuchsanstellung im Hinblick auf die Futterverschmutzung anzulegen und deren Einfluss auf die Tiergesundheit mit zu untersuchen.

Auszüge aus dem Positionspapier:

„Mit der DüV vollzieht die deutsche Regierung eine Auflage der EU zur Emissionsreduzierung. Gesundheitsrisiken oder Seuchenübertragung, z. B. E. Coli oder Clostridien durch Güllefassgemeinschaften, wurden nicht bedacht. Die Futterverschmutzung und Keimbelastung ist nachweislich bei den als emissionsarm definierten Ausbringungstechniken im Grünland wesentlich höher und wird von fast allen Praktikern bestätigt. In der DüV hat die Bundesregierung eine Forderung der

EU aufgegriffen, die aufgrund des Nitratverletzungsverfahrens eine Sicherstellung unserer Grundwasserqualität bewirken sollte. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen! Die Landesuntersuchungsanstalt untersuchte auf Grünland Güllegaben von bis zu 480 kg N/ha, die nur in einer einzigen Probe den Grenzwert von 50 mg/l überschritten. Die Vergleiche mit Mineraldünger zeigten: Bei kleinsten N-Gaben je Hektar (von ca. 100 kg N/ha) wurde der Grenzwert bereits überschritten. Das bedeutet, dass eine Lösung der Nitratüberschussproblematik im Bereich der mineralischen Düngung zu suchen ist.

Unsere Lösungsvorschläge:

- Die Probleme der NH₃-Emission müssen zu Beginn der Problemkette minimiert werden.
- Die Landesuntersuchungsanstalt möge doch bitte neben den aktuellen Techniken Schleppschlauch, Schleppschuh oder Schlitztechnik auch den Schwenkverteiler (Mösch) und den Niederdruckverteiler bei Bedingungen der guten fachlichen Praxis (gute Homogenisierung; Ausbringung bei kühlen Temperaturen, leichter Regen bzw. in den Morgen- oder Abendstunden) in sämtliche anstehende neuere Untersuchungen einbeziehen.
- Die Ausnahmegenehmigung der Befreiung von der neuen Ausbringtechnik für das Grünland ist an die vorhandenen Strukturen der Betriebe in Bayern anzupassen. Die 15-ha-Gesamtbetriebsregelung ist deutlich zu wenig. Eine Kopplung an eine für die Region angepasste, sich den Gegebenheiten und der Nie-

derschlagsintensität anpassende Viehbesatzdichte ist anzustreben. Das Allgäu kann vermutlich höhere GV-Besätze durch höheren Niederschlag verkraften als unsere Region in Franken mit vermutlich nur 1,5 GV/ha.

- Für alle milchliefernden Betriebe (egal ob Rind, Schaf, Ziege ...) sehen wir eine grundsätzliche Befreiung von der bodennahen Ausbringung auf Grünland gerechtfertigt und fordern hierfür die Anerkennung der Breitverteilung bei guter fachlicher Praxis. Die Gefahren von Krankheitsübertragungen aus überbetrieblichen Einsätzen sind nicht auszuschließen. Insbesondere die Problematik der Erregerübertragung zwischen Milchviehbetrieben bei Fassgemeinschaften löst ungeklärte Haftungsfragen auch gegenüber der Landesregierung aus.
- Wir fordern eine praxisnahe Mitgestaltung am Versuchsaufbau in Franken. Ein begleitender Kreis von Praktikern und Landwirten soll das Recht erhalten, die uns in Aussicht gestellten Versuche in Franken – aber auch in anderen Regionen –, sowohl den Versuchsaufbau als auch die Durchführung, begleiten zu können.
- Die Forderung Allgäuer Bauern, einen praxisnahen Versuch auf dem Spitalhof in Kempten unter realen Bedingungen vorzunehmen, der dabei die Kreisläufe Futter, Stall, Lagerung und Ausbringung gesamtheitlich betrachtet, unterstützen wir.
- Wir fordern die Offenlegung und Darstellung, wie sich ganz praktisch die veränderte Anforderung an uns Bauern

für die nächsten 20 bis 25 Jahre entwickeln wird. Wir Bauern stellen uns der Verantwortung und möchten gemeinsam an Lösungen arbeiten, welche praxistauglich, umsetzbar und insgesamt effektiver sind als das uns Auferlegte.

- Wir sehen allgemeinen Handlungsbedarf in dem offensichtlichen Interessenkonflikt zwischen Arbeitswirtschaft in der Tierhaltung einerseits und Umweltbelastung durch Emissionen sowie Verbesserung des Tierwohls andererseits. Eine Festmistbewirtschaftung oder die Verpflichtung zum Sommerweideaustrieb finden in der heutigen Beratung und Förderung keine Beachtung mehr, würden das Problem jedoch bereits im Keime ersticken.

Nachhaltige Ansätze

Die Bauern werden stets als die Verursacher der Probleme identifiziert. Nach Rechenmodellen der Wissenschaft ist ein Schuldiger schnell gefunden. Im Prinzip bekämpfen wir die Folgen aus der uns angetragenen Beratung. Wir sind uns im Klaren darüber, dass eine geforderte Reduzierung der Emissionen von ca. 20 % mit einer Vollweide der Rinderhalter von ca. 60 Tagen, das Gesamtreduktionsziel von ca. 113.000 t vollumfänglich erfüllen würde. Das soll zum Ausdruck bringen, dass nicht die Technik des letzten Problemglieds die Probleme lösen kann, sondern die Lösung in einem Grundsatz zu finden ist, wie wir künftig unsere Landwirtschaft nachhaltig betreiben können. Wir Bauern sind verunsichert – wir sind frustriert über immer mehr Gesetze und Regelungen, die uns auferlegt werden. Ängste und Bedenken sind den Verantwortlichen aus der Politik sicherlich bewusst. Wir sehen die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Veränderung in der Landwirtschaft, die aufgrund von Tierbesatzdichte und Flächenregelungen notwendig ist. Praktikable Lösungen sind in Bezug auf eine nachhaltige Landwirtschaft zwingend notwendig. Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, eine Landwirtschaft, die auf Nachhaltigkeit aufbaut (wir meinen damit nicht die Nachhaltigkeit der Agrochemie und Agrotechnikhersteller), zu fördern, statt uns in Regelwerke zu schieben, die dem Grundsatz guter fachlicher Praxis widersprechen. Der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ist notwendig, da laut Weltagrarbericht nur diese die Weltbevölkerung ernähren kann.“ cs www.schleppschlauch-nein-danke.de



Beeindruckende Technik muss nicht immer Fortschritt sein

Foto: Ehrecke

Praxis-Netzwerk mit Striegel und Hacke

Mechanische Unkrautkontrolle im konventionellen Ackerbau

Durch die zunehmende Resistenzproblematik, die sinkende Anzahl zur Verfügung stehender Herbizide, die Beschränkungen des chemischen Pflanzenschutzes auf ÖVF-Flächen und das stärkere Interesse an Biodiversität und Nachhaltigkeit stellt die mechanische Unkrautbekämpfung auch für konventionelle Betriebe eine interessante Alternative dar. Im Rahmen eines Praxisnetzwerks zur Erprobung der nicht-chemischen Unkrautkontrolle im Ackerbau veranstaltet das Landwirtschaftliche Technologiezentrum Augustenberg (LTZ) auf vier konventionellen Betrieben in Baden-Württemberg öffentliche Feldbegehungen und Vorführungen, die den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen verstärken sollen.

Ministeriales Sonderprogramm

In Baden-Württemberg hat die Landesregierung im Jahr 2017 ein „Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt“ beschlossen. Im Rahmen dieses Sonderprogramms soll das vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz finanzierte Projekt „Praxis-Netzwerk zur Erprobung der nicht-chemischen Unkrautbekämpfung und mechanisch digitaler Verfahren im Ackerbau“ einen Beitrag zur Reduktion des Herbizideinsatzes und zur mittelfristigen Verbesserung der Biodiversität auf Ackerflächen leisten. Die Umsetzung erfolgt durch das LTZ in Kooperation mit der Universität Hohenheim. Neben Feldversuchen zu praxisgeeigneten, mechanisch digitalen, sensorgesteuerten Verfahren zur Unkrautregulierung im Getreide- und Leguminosenanbau sowie mechanischen Verfahren im Kartoffelanbau soll über ein Praxis-

netzwerk mit Fachveranstaltungen auf Demonstrationbetrieben Wissen weitergegeben und ausgetauscht werden. Für das Praxisnetzwerk wurde in jedem der vier Regierungsbezirke in Baden-Württemberg jeweils ein Demonstrationslandwirt gewonnen. Zwei der Betriebe produzieren Backgetreide für die Marktgemeinschaft KraichgauKorn und haben bereits mehrjährige Erfahrung im konventionellen Ackerbau ohne Pflanzenschutzmittel. Im Süden Baden-Württembergs fanden sich zwei motivierte Landwirte, die Interesse daran zeigten, die mechanische Unkrautbekämpfung auszuprobieren und bei ökologischen Landwirten aus der Nachbarschaft einen Striegel auszuleihen.

Erfahrungen austauschen

Der Einsatz der mechanischen Unkrautkontrolle benötigt Erfahrungen, da Anzahl und Zeitpunkte der Durchgänge vom Wetter, von den Bodenverhältnissen und den Entwicklungsstadien von Unkraut und Kulturpflanzen abhängig sind. Ein „Standardrezept“ zu geben, ist schwierig. Somit sind das Ausprobieren und der Erfahrungsaustausch ein wichtiger Bestandteil des mechanischen Pflanzenschutzes. Auf den Demonstrationbetrieben werden über den Vegetationsverlauf hinweg jeweils zwei öffentliche Feldbegehungen stattfinden. Die Betriebsleiter legen hierfür Demostreifen mit unterschiedlichen Varianten der Unkrautkontrolle in Winterungen und Sommerungen an. Ein Vergleich zwischen Herbizideinsatz und mechanischer Unkrautkontrolle oder zwischen verschiedenen Striegel- und Hackmaßnahmen sollen interessierten Landwirten zur An-

schauung dienen und zu Gesprächen anregen. Durch den Austausch, die Beiträge von Referenten, Beobachtungen in den Demostreifen und Maschinenvorführungen können das eigene Wissen und die Erkenntnisse erweitert werden. Die erste Feldbegehung fand am 26. März im Kreis Karlsruhe statt, weitere Termine folgen bis Mitte Juli. Die Veranstaltungsflyer sind auf der Internet-Startseite des LTZ Augustenberg (www.ltz-bw.de) unter der Rubrik Veranstaltungen zu finden. Eine größere Fachveranstaltung zum Thema innovative Unkrautkontrolle wird der „Forchheimer Hacktag“ sein. Die Weiterentwicklung der Geräte zur mechanischen Unkrautbekämpfung in Bezug auf einen erhöhten Regulierungserfolg und Flächenleistung erfolgt zurzeit bei einigen Herstellern. Technisch digitale Verfahren mit Sensorsteuerung sollen zu einer höheren Präzision und Arbeitserleichterung bei den Überfahrten führen. Aktuelle Hack- und Robotertechnik verschiedener Hersteller wird im Rahmen des Feldtages am 8. Mai 2019 vorgestellt. Auf der Feldtagsfläche werden Sommerungen (Soja, Mais, Sommergerste in verschiedenen Reihenweiten) zu Vorführzwecken verfügbar sein und auf Korrekturstreifen können die technischen Entwicklungen der Kameratechnik demonstriert werden. Darüber hinaus werden Verfahren zum Einsatz bei engeren Reihenweiten im Getreide und Ergebnisse aus der Forschung vorgestellt.

Julia Bader, LTZ Augustenberg
Weitere Informationen und die Anmeldung zu den Veranstaltungen: julia.bader@ltz.bwl.de, Tel.: 0721/9518-219.

Fuchsschwanzresistenz

US-Wissenschaftler an der Kansas State University haben bei Ackerfuchsschwanz Resistenzen gegen Herbizide nachgewiesen, die Dicamba enthalten. Die Resistenz von Ackerfuchsschwanz gegen andere Herbizide, darunter Glyphosat und Atrazine, ist seit langem bekannt. Ackerfuchsschwanz ist in den USA eines der Unkräuter, die ökonomisch den größten Schaden anrichten. Inzwischen ist den Pflanzen meist nur noch manuell mit einer Hacke beizukommen. Aus diesem Grund entwickelten verschiedene Firmen Dicamba-tolerante GVO-Sojabohnen, die die Bekämpfung von Ackerfuchsschwanz mit Dicamba auch während der Wachstumsperiode ermöglichen. Die Wissenschaftler der Kansas State University wiesen in ihrem Bericht darauf hin, dass Landwirte verstärkt Methoden wie weitere Fruchtfolgen zur Unkrautkontrolle einsetzen müssten, um die Wirksamkeit von Herbiziden zu verlängern und die Resistenzbildung hinauszuschieben. ml



Zuckerrüben werden inzwischen nicht nur in Bio-Betrieben wieder häufiger gehackt

Foto: Bohnhorst

Züchtungsstrategien gegen Krautfäule

Zwei niederländische Kartoffelzüchtungsprojekte und die Suche nach der Resistenz gegen den Pilz

Die Kraut- und Knollenfäule ist eine im Kartoffelanbau allseits gefürchtete Krankheit. Insbesondere in feuchten Jahren kann sie zu vollständigen Ernteaufschlägen führen, wenn keine Fungizide eingesetzt werden (können). Zur Regulierung der Fäule stehen im ökologischen und chemiereduzierten Landbau nur wenige Hilfsmittel zur Verfügung, weshalb vorbeugende Maßnahmen und resistente Sorten eine wichtige Rolle spielen. Doch marktfähige Sorten mit stabilen Resistenzen sind rar, deren Züchtung sollte für eine ökologischere/ökologisch nachhaltige Landwirtschaft Priorität haben.

Die Kraut- und Knollenfäule ist eine durch pilzähnliche Organismen (*Phytophthora infestans*) verursachte Krankheit, die innerhalb weniger Tage einen ganzen Kartoffelbestand befallen kann. *Phytophthora infestans* kann sich, v. a. während größerer Ausbrüche, schnell anpassen und bestehende Resistenzen einer Pflanze brechen. Deshalb wird in der Züchtung versucht, mehrere Resistenzgene in einer Sorte zu kombinieren. Im biologischen Anbau werden vorbeugende Maßnahmen empfohlen (z. B. Knollen vorkieimen, frühe und späte Sorten räumlich trennen, Pflanzen regelmäßig kontrollieren und Befallsherde entfernen etc.). Nach Ausbruch der Krankheit ist nach wie vor Kupfer das wirksamste Mittel (in Deutschland erlaubte Reinkupfer-Höchstmenge/Jahr: 3 kg/ha). Der noch immer gebräuchliche Einsatz von Kupfer ist jedoch problematisch: Insbesondere auf Mikroorganismen und Weichtiere wirkt das Metall bereits in geringen Konzentrationen toxisch.

Gentechnische Resistenzzüchtung

In den letzten Jahren machte vor allem das Projekt „Durable Resistance against *Phytophthora*“ („Dauerhafte Resistenz gegen *Phytophthora*“) der niederländischen Universität Wageningen von sich reden. Im 2006 gestarteten Projekt wurde mit (Cis-)Gentechnik gearbeitet. Gentechnik, so die beteiligten ForscherInnen, sei für die Entwicklung resistenter Kartoffeln vorteilhaft. In der konventionellen Züchtung werden Speisekartoffeln mit resistenten Wildsorten gekreuzt. Die daraus entstehenden Kartoffelpflanzen haben dann viele unerwünschte Eigenschaften aus der Wildsorte und es erfordert viel Zeit, aus der Kreuzung marktfähige Sorten zu selektieren. Mit gentechnischen Methoden könnten verschiedene Resistenzgene in



Kartoffelselektion und -Züchtung zum Anfassen

Foto: Gelinsky

bereits am Markt etablierte Kartoffelsorten integriert werden. Anstatt also in langjährigen Sortenversuchen zu testen, ob neue Sorten den jeweils spezifischen, aber immer hohen Ansprüchen von Anbau, Handel, Verarbeitung und KonsumentInnen entsprechen, könnten in anfällige, aber allseits beliebte Sorten ein oder mehrere Resistenzgene „eingebaut“ werden. Soweit die Theorie. In der praktischen Umsetzung hat sich gezeigt, dass unzählige Versuche notwendig sind, bis eine funktionierende gentechnische Veränderung gelingt. Darüber hinaus zeigten die GV-Pflanzen immer wieder deutliche phänotypische Auffälligkeiten, z. B. eine veränderte Wuchsform. Obwohl viele PolitikerInnen und Unternehmen in den Niederlanden gentechnische Verfahren positiv bewerten, wurde das Projekt 2016 beendet. Ein Grund ist sicher, dass von Seiten des Lebensmittelhandels und der kartoffelverarbeitenden Industrie schon früh klargestellt wurde, dass sie keine gentechnisch veränderten Kartoffeln vertreiben bzw. verarbeiten werden.

Resistente Kartoffeln aus Biozüchtung

Weniger bekannt ist das 2008 bis 2019 laufende Projekt Bioimpuls, eine Kooperation zwischen dem Louis-Bolk-Institut, der Universität Wageningen, sechs Kartoffelzüchtungsunternehmen und verschiedenen Züchter-Bäuerinnen und -Bauern. Um neue resistente Kartoffelsorten für den pestizidfreien Anbau zu entwickeln, werden im Projekt Wildarten mit modernen Sorten gekreuzt. Zwar ist dieser klassische Züchtungsweg zeitintensiv, in seinem Verlauf kann aber auf mehrere Merkmale selektiert werden und es wird neue Vielfalt

geschaffen. Mit vielversprechenden Zuchtlinien wurden hunderte von Kreuzungen durchgeführt. Aus diesen Kreuzungen wurden jährlich rund 20.000 Pflanzknollen an Projektstandorten getestet, weitere ca. 20.000 Knollen wurden an die beteiligten Zuchtunternehmen und die Züchter-Bauern verteilt.

Züchter-Bäuerinnen und -Bauern

Eine Form der Participatory Variety Selection (PVS), also der gemeinschaftlichen Züchtung und Selektion von Bäuerinnen, Bauern, WissenschaftlerInnen und Unternehmen, wird in der niederländischen Kartoffelzüchtung schon seit über einem halben Jahrhundert erfolgreich betrieben. Das Bioimpuls-Projekt nutzt die Kompetenz und Erfahrung von zehn bäuerlichen Betrieben. Von der ersten Auswahl der Sämlinge bis zu einer fertig entwickelten Sorte dauert es acht bis zehn Jahre. Die Züchter-Bäuerinnen und -Bauern übernehmen einen wesentlichen Teil der Selektionsarbeit in den ersten drei Jahren. Sie bewerten und prüfen die Eigenschaften einer großen Anzahl von Pflanzen auf ihren Feldern, teils nach vorgegebenen Kriterien, teils nach ihren eigenen Vorlieben. Nach der dreijährigen Selektion bleiben nur rund ein Prozent der Knollen übrig, welche an die Unternehmen abgegeben werden, um vermehrt und weiter geprüft zu werden. Damit die im Projekt entwickelten Kartoffeln für den ökologischen Anbau geeignet sind, findet die Selektion unter ökologischen Anbaubedingungen statt. Um mehr Bio-Bäuerinnen und Bauern für diese Arbeit zu gewinnen, hat Bioimpuls einen Kurs entwickelt, in dem bäuerliche Züchter mit



Hintergrundinformationen und Einblicken in Zucht und Selektionsverfahren unterstützt werden. Dieser erfreut sich großer Beliebtheit; nicht nur ökologische, sondern zunehmend auch konventionelle Erzeuger nutzen das Angebot. Für 2019 haben sich auch 21 Studenten eingeschrieben.

Auf den Teller

Kartoffelsorten, die von den Erzeugern aufgrund ihrer Anbaueigenschaften bevorzugt werden, sind nicht unbedingt bei Verbrauchern beliebt. Eine neue Sorte kann sich nur dann am Markt durchsetzen, wenn sie schmeckt und gut aussieht. Eine gut schmeckende Sorte ist in der Regel ein Glücksfall, da Geschmack kein explizites Selektionsmerkmal hat – vom Aussehen der Pflanze kann man nicht auf den Geschmack schließen. Aus dem Bioimpuls-Projekt sind bislang vier Sämlinge hervorgegangen. Diese sind jedoch noch nicht als Sorten registriert. Durch das Projekt mit beeinflusst ist eine Vereinbarung zwischen ZüchterInnen, Bäuerinnen und Bauern, Saatguthändlern und dem Großhandel: Ab 2020 sollen 100 Prozent der in den Läden verkauften Biokartoffeln von Sorten stammen, die sich aufgrund ihrer Anbaueigenschaften wirklich für den Bioanbau eignen. Das können resistente, tolerante oder früh abreifende Sorten sein. Dies ist vor allem deshalb ein wichtiger Schritt, da in den Niederlanden der Einsatz von Kupfer im Bio-Kartoffelanbau nicht erlaubt ist.

Weiterzüchtung sicherstellen!

Wichtig ist, langfristig die Züchtung resistenter Sorten sicherzustellen. Projekte können Impulse setzen, aber nicht die kontinuierliche Arbeit von Züchter-Bäuerinnen, -Bauern und Unternehmen ersetzen, die neue und alte Kartoffelorten unter realen Umweltbedingungen testen und selektieren. Hierfür müssen, auch in Deutschland, bestehende Strukturen gestärkt, ausreichend finanziert und neue Strukturen aufgebaut werden. Eine Möglichkeit hierfür könnte die nächste Runde des EU-Projekts Strategic Research and Innovation Agenda bieten, die 2020 startet.

Eva Gelinsky (IG Saatgut), Mitarbeit von Sebastian Kußmann (jAbL) und Peter Keijzer, Projektleiter Bioimpuls

„Wo willst Du eigentlich hin?“

Irmgard Hüppe von der landwirtschaftlichen Familienberatung hat die Bauern und Bäuerinnen in schwierigen Zeiten am Telefon

Unabhängige Bauernstimme: Bauern und Bäuerinnen haben extreme Jahre hinter sich: Regen, Dürre, schlechte Preise. Merken Sie das auch in den Anfragen, die bei Ihnen landen?

Irmgard Hüppe: Ich hatte damit gerechnet, dass wir mehr Anfragen bekommen, aber das ist überhaupt nicht so. Mein Eindruck ist, und das bestätigen auch Kollegen und Kolleginnen aus anderen Beratungseinrichtungen, dass die Bauern und Bäuerinnen, besonders vielleicht die Milchviehhalter, in einer so geradezu bedrohlichen Situation waren und zum Teil auch noch sind, dass es um ganz vordergründige Fragen geht: Wo bekomme ich genug Futter her, um meine Tiere satt zu kriegen? Wie soll ich das bezahlen bei den Preisen? Es bleibt gar kein Raum mehr, sich selbst und die Menschen drum herum in den Blick zu nehmen und zu fragen: Wollen wir das so weitermachen, gibt es Alternativen?

Hat es Veränderungen bei den Anfragen bei Ihnen gegeben, weg von familiären Themen hin zu wirtschaftlichen?

Wir machen ja keine wirtschaftliche Beratung, aber der große finanzielle Druck auf den Höfen ist sehr spürbar. Bauern, die sagen: „Ich muss doch überhaupt erst mal wieder Rücklagen erwirtschaften und die muss ich dann auch noch gleich wieder hoch versteuern.“

Worum geht es denn in den Anfragen meistens?

Grundsätzlich stehen die Generationen-

konflikte noch immer an erster Stelle der Anfragen, mit denen Menschen sich bei uns melden. Danach kommen die Eheprobleme und da sind es vermehrt die Frauen von Sauenhaltern, die anrufen und sagen: „Ich seh meinen Mann gar nicht mehr, bin praktisch allein erziehend, er ist nur noch im Stall.“ Da wird eher auf den Mitarbeiter verzichtet und wieder alles selbst gemacht, hinzu kommen die vielen neuen Anforderungen, allein schon die Hygieneverordnung insbesondere bei den Sauenhaltungsbetrieben. Ja, und der große gesellschaftliche Druck. Das sind ja alles nur Ausschnitte, die wir mitbekommen, aber ich nehme die Schweinehalter eher so wahr, dass sie immer nach vorne wollen mit ganz viel Know-how, sagen: „Ich mache doch ein super Produkt“, und dann von überall her gespiegelt kriegen: „Eigentlich ist das nicht richtig und wertig was du da machst.“

Ist da nur Unsicherheit und Unmut oder auch eine Offenheit für Veränderungen?

Die meisten wissen schon, dass sie etwas verändern müssen. Aber ich höre häufig: „Es muss aber so gehen, dass wir das menschlich und wirtschaftlich vollziehen können.“ Das ist aber schwierig, wenn bei den Änderungen der Haltungsbedingungen vieles noch so vage ist. Viele beklagen die mangelnde Planungssicherheit, haben Angst in etwas zu investieren, was kurz darauf schon keinen Bestand mehr hat. Ganz oft gibt es das Gefühl von: „Was machen die eigentlich mit mir?“, Poli-

tik, Behörden, Kontrolle. Das Gefühl „Freier Bauer auf freier Scholle“ ist oft längst weg. Ein Bauer hat mir mal gesagt: „Wir werden abgerechnet“ und der meinte das durchaus in diesem doppelten Sinne, dass die Preise wie auch die Bedingungen des Umgangs mit Bauern und Bäuerinnen diktiert werden.

Wie können Sie da helfen?

Wir versuchen nach Möglichkeiten zu suchen, aus der passiven, aber auch aus der klagenden Rolle herauszukommen. Ich frage immer: „Wo willst du denn eigentlich hin?“ Natürlich müsste man das System verändern, das ist sicher schwieriger, als erst mal zu gucken, wo meine Chance ist, etwas zu bewegen. Das geht oft nur Stück für Stück.

Das gilt sicher für familiäre Fragen wie auch für betriebliche?

Ja, wie kriege ich es hin, wieder mehr Zeit mit der Familie zu verbringen? Da muss ich vielleicht doch einen Teil der Büroarbeit abgeben oder Arbeit im Stall. Da kommt oft hinzu, dass nicht wenige überfordert sind in dem Punkt der Mitarbeiterführung, weil sie es auch nie gelernt haben. Oft ist Sprachlosigkeit eine Schwierigkeit oder auch das „Es bleibt in der Familie“. Manchmal muss man Sprechen richtig wieder üben. Manchmal gibt es das Gefühl, es höre sowieso keiner zu – vor lauter Arbeit und Überforderung.

Sprechen ist sicher auch eine Schlüsselqualifikation im Hinblick auf die hohen Ansprüche der Gesellschaft.

Ja, aber ohne gleich in einen Klage- oder Abwehrmodus zu verfallen. Ich muss es auch mal hinkriegen, mich auf die andere Seite zu begeben und zu sehen, wie der andere mich wahrnimmt. Eigentlich ist es doch toll, dass sich so viele Menschen wieder mehr dafür interessieren, wie Landwirtschaft betrieben wird. Das ist eigentlich ja auch eine Wertschätzung, die Bauern und Bäuerinnen oft so schmerzlich vermissen. Dabei sagen die meisten Bauern und Bäuerinnen mir, wie toll sie es eigentlich finden, Landwirtschaft zu machen, das kann ich dem Gegenüber doch vermitteln.

Warum tritt das Schöne am Beruf heute öfter in den Hintergrund?

Bauern werden oft immer noch komisch angeguckt, wenn sie den Betrieb so organisieren, dass sie mit der Familie



Hüppe und die Stühle, zwischen denen viele Bauern sitzen
Foto: Jasper

zwei Wochen in Urlaub fahren können, und wenn sie nicht „immer verfügbar“ sind. Es gehört Mut dazu, auch mal zu sagen: „Es reicht, das brauche ich nicht auch noch.“

Droht man im „Immer höher, schneller, weiter“ die schönen Seiten aus dem Blick zu verlieren?

Ja, dabei sind doch so viele mit Energie und Freude und Herzblut dabei und haben so viel ans Laufen gebracht. Und ein Bauernhof mit seiner ganzen Vielfalt ist ein toller Ort, um groß zu werden. Das sieht man doch dann auch daran, was aus den jungen Leuten von Höfen wird. Meist sind sie sehr verlässlich, können Entscheidungen treffen, auch mal 'ne Krise überstehen, Verantwortung übernehmen. Wir müssen doch mal den Blick richten auf das, was uns prägt und dann gucken, wie wir uns mit den Veränderungen arrangieren.

Vielen Dank für das Gespräch! cs



Nicht immer leicht, alles unter einen Hut zu bringen

Foto: Herzog

Die ländliche Familienberatung des Bistums Münster e. V. bietet Unterstützung in Krisen und schwierigen Lebenssituationen an. 29 Berater und Beraterinnen mit landwirtschaftlichem Hintergrund stehen ehrenamtlich jeweils in Zweier-Teams zur Verfügung, finanziert im Wesentlichen durch verschiedene Träger des Vereins. Irmgard Hüppe ist als einzige Hauptamtliche die Geschäftsführerin und Koordinatorin der Anfragen.

Bayer versucht sich im Dialog

Streitgespräch in der Konzernzentrale

Unter dem Titel „Züchtung der Zukunft“ lud die ev. Akademie Villingst gemeinsam mit Bayer in deren Firmensitz ein. Der Raum war lückig besetzt, einige Bayer-Vertreter waren da, aber auch Zivilgesellschaft. Dr. Kalus Kunz, Leiter für Nachhaltigkeit bei Bayer und vorher in der Pestizidentwicklung, begann seinen Vortrag damit, dass Bayer in einer erheblichen Veränderungsphase sei – womit er die Integration des im letzten Jahr gekauften Monsanto-Konzerns meinte. Auch innerhalb Bayers würden sie um das Zukunftsmodell einer nachhaltigen Landwirtschaft ringen. Sie suchten den richtigen Weg. Dafür bräuchten sie den Austausch auch mit der Gesellschaft. In der Frage, ob die neuen Gentechnik-Verfahren als Gentechnik zu regulieren sind, war er allerdings nicht sehr dialogbereit. Für ihn steht fest, sofern artfremde DNA eingebracht wird, sei dies ein GVO und auch zu regulieren. Solange aber nichts artfremdes eingebracht werde, würden Veränderungen erzeugt, die nicht von konventioneller Züchtung zu unterscheiden seien. Deshalb müssten diese auch nicht reguliert werden. Mit Genom-Editing könne man schneller und gezielter züchten, bspw. Trockenheitsresistenzen in Pflanzen einführen oder Krankheitsresistenzen. Für ihn sei es keine Sicherheitsdiskussion, sondern eine ethische oder philosophische. Schließlich habe Bayer 80 Jahre lang Mutagenese-Erfahrungen, hier hätte es nie Sicherheitsbedenken gegeben. Die Frage sei lediglich, ob die Gesellschaft die Integration fremder Gene akzeptiert. Es brauche einen guten Kompromiss zwischen dem was in der EU akzeptiert werde und an Innovationen machbar sei. Der regulatorische Rahmen sei so zu setzen, dass Innovationen möglich seien, so Kunz.

Neue Fragen

Diskussionspartner Christoph Then von Testbiotech leitete seinen Vortrag damit ein, es gehe seiner Organisation darum einen kritischen Blick auf die Technologie zu werfen. Es sei ihnen ein Anliegen, eine gut informierte Debatte zu führen. Dabei stellt Then sich die Frage: „Wie gehen wir mit Leben um? Kann man Teile aus der DNA eines Organismus herauschneiden und wirtschaftlich vermarkten? Der Schutzgedanke von Mensch und Umwelt müsse Vorrang haben gegenüber Verwertungsinteressen“. Mit den neuen Gentechnik-Verfahren würden die Anwendungsgebiete erheblich ausgeweitet und auch die Dynamik stark erhöht. Für Then ist klar, dass die neuen Gentechnik-Verfahren nicht mit

den alten Mutagenesetechniken zu vergleichen sind. Allein schon deshalb, weil sie eben doch erkennbar sind. Um die Genschere in den Organismus einzubringen wird in der Regel mit den alten Gentechniken gearbeitet (also Schrotschussverfahren oder mit Hilfe eines Bakteriums). Hier hat man mit den gleichen Risiken wie bei der alten Gentechnik zu rechnen. Hinzu kommen die speziellen Risiken durch die neuen Gentechnik-Verfahren. Bspw. wenn diese auf Veränderungen der Inhaltsstoffe ausgerichtet sind oder die Techniken in Wildpopulationen eingesetzt werden sollten. Es stellen sich völlig neue Risikofragen: wie verlässlich ist eine Veränderung, was macht die Veränderung mit der Population und mit dem Ökosystem? Was gibt es in der nächsten Generation an nicht erwarteten Effekten? Auch die Rückholbarkeit sei nicht mehr gegeben. Bislang gäbe es keine systematische Risikoprüfung. Dies machte er am CRISPR-Pilz deutlich, bei dem ein Enzym ausgeschaltet wurde, so dass er nicht mehr bräunen soll. Was das mit dem Stoffwechsel mache, ob andere Stoffe vermehrt oder weniger gebildet werden, das alles wurde nicht untersucht. Ein Ziel von CRISPR ist es eben auch Inhaltsstoffe zu verändern. Das schafft man ohne das Einbringen neuer Gene. Then machte klar, dass es einen regulatorischen Rahmen brauche, um über Innovationen reden zu können. Kennzeichnung und Transparenz sei für eine sinnvolle Technologieentwicklung notwendig. Man sollte auch die Debatte führen, was notwendig, nicht nur was machbar sei.

av

Baysanto – wer schützt vor ihren Investoren?

Dieser Frage gehen die finanzkapitalkritischen NachDenkSeiten nach. Dabei decken sie anlässlich der Glyphosat-Gerichtsverfahren in den USA Hintergründe der Fusion auf. Heute sind sich die Börsenanalysten einig, dass Monsanto eine tickende Zeitbombe ist, die Bayer völlig unterschätzt habe. Schnell war damals die Rede vom „dummen deutschen Geld“ (immerhin 50 Mrd. Euro kostete Monsanto), mit dem nicht zum ersten Mal Verluste und Strafrisiken von US-Unternehmen bezahlt wurden. Aber Vorsicht, „die Bayer AG war und ist zumindest gemessen an den Besitzverhältnissen gar kein deutsches Unternehmen. Vor der Fusion mit Monsanto waren die größten Bayer-Aktionäre die US-Vermögensverwaltungen BlackRock [Aufsichtsratsvorsitz in Deutschland Friedrich Merz], Vanguard und die Capital Group. Genau diese drei Unternehmen waren übrigens auch – wenn auch in anderer Reihenfolge – die größten Aktionäre von Monsanto. Heute stammen nur noch 20 % des Aktienkapitals aus Deutschland, die Bayer AG gehört also zu vier Fünftel internationalen Investoren wie BlackRock, Vanguard, Fidelity, Dodge&Cox oder den Staatsfonds von Singapur und Norwegen.“ Diese Akteure waren für den „historischen Deal“ (FAZ) direkt verantwortlich. Es war also eine Fusion mit sich selbst! „Vor allem dann, wenn auf Kapitaleseite Käufer und Verkäufer in Personalunion sind“, fasst der Autor Jens Berger zusammen und fragt, warum die deutsche Wirtschaftspolitik keine Leitplanken für solche Großfusionen aufstellt. hg

Mais-Stangenbohnen Gemenge füttern?

Der Anbau von Mais mit Stangenbohnen (*Phaseolus vulgaris*) im Gemenge bietet viele Vorteile: einheimisches Eiweißfutter, eine Erweiterung der Fruchtfolge, eine größere Vielfalt an Insekten, und die Stickstoff-Fixierung der Leguminose. Einsatzmöglichkeiten der Mais-Stangenbohne-Mischkultur könnten Biogasanlagen oder Silage-Futtermittel sein. Jedoch enthalten Stangenbohnen Phasin, das für Menschen giftig ist, sodass diese sie nur gekocht verzehren können. Deshalb wird aktuell erforscht, ob Stangenbohnen als Futtermittel verträglich für Rinder und Schweine sind. Forscher der Universität Hohenheim und TU München stellten jüngst vor, dass sich Phasin hauptsächlich in den Hülsen befindet und nur geringfügig in den restlichen verfütterten Pflanzenteilen. Zur Fütterung sollten Sorten mit geringen Phasingehalten ausgewählt werden. Durch unvollständigen Abbau im Pansen von Rindern könnte Phasin in tiefere Darmabschnitte gelangen, jedoch sei es nicht in Kot oder Milch nachgewiesen worden. Bei Fütterungsversuchen bei zwei Milchviehbetrieben mit Mais-Stangenbohne-Silage 2018 seien keine Beeinträchtigungen der Tiergesundheit oder Milchleistung festgestellt worden. Svenja Holst, Projekt „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“



Klare Ansage

Foto: Jasper

„Miststücke on Tour“

Eindrücke vom Frauentreffen Süd

Die ÖBV, die Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innenvereinigung, ist eine La-Via-Campesina-Partnervereinigung der AbL. Sie haben eine sehr starke Frauengruppe mit vielen Betätigungsfeldern. Eines davon ist eine eigene Kabarettgruppe, die mit viel Humor den Alltag der Bäuerinnen auf die Bühne bringt – die „Miststücke“. Im letzten Jahr trafen einige AbL-Frauen bei einem Workshop der ÖBV-Frauengruppe zwei Mitglieder dieser Gruppe: Alle waren gleich von der Idee begeistert, einen Auftritt in Deutschland zu organisieren. Um den Auftritt herum wurde dann auch gleich das süddeutsche Frauen- oder Bäuerinnen*-Treffen in Franken organisiert.

Staa glaum

Punkt eins gleich nach der Ankunft der Österreicherinnen war die Sprache – sie hatten zuvor große Bedenken, ob wir in Franken die Sketche auch verstünden. Als Vorbereitung für den Auftritt wurde abgecheckt: Wie heißt die deutsche Landwirtschaftsministerin mit Vornamen? Wie heißt das Amt, bei

dem der Mehrfachantrag abzugeben ist? Wie sagen wir zu „Stoa klaum“? Das war einfach: „Staa glaum“ - ab da waren wir sprachlich auf einer Linie. Das befürchtete „Steine aufsammeln“ musste also nicht sein. Am Abend traten sie dann auf – Wow!! Mit viel Esprit kamen unzählige Sketche zu allen Bereichen des Bäuerinnendaseins auf die Bühne – vom Zusammenleben der Generationen über den Hofladen bis zur Stallkontrolle war alles dabei, auch die überlastete F1-Tomate, der nicht mehr gebrauchte Genmais und die gemobbte Milch. Besondere Lacher gab es bei der Darstellung einer sehr von sich überzeugten Schwarzbunten, die von einer Pinzgauer überredet wurde, das Gras auf der Weide zu kosten („So was esse ich nicht!“).

Am darauffolgenden Tag machten wir eine ausführliche Vorstellungsrunde, bei der wir viele Parallelen in unseren Lebenslinien und Betrieben feststellen konnten, aber auch etliche Unterschiede. Danach war eine Höfetour geplant, die wegen des stürmischen Wetters nach innen verlegt wurde: Wir besuchten ein



Die Miststücke in Aktion

Foto: Haspel

Zitrusgewächshaus und einen Demeter-Schweinehalt. Am Ende blieb noch Zeit, kurz am Weinberg der Gastgeberin vorbeizuschauen. Der Abend war den politischen Gesprächen vorbehalten: Wie sieht unsere Arbeit bei AbL/ÖBV aus und was macht die Frauenbewegung? Hierzu gab es viele interessante Gespräche. Gut war, dass auch Frauen vom jeweiligen Vorstand dabei waren. Es tut gut für die eigene politische Arbeit und die Arbeit am Hof, Gleichgesinnte zu treffen und kennenzulernen. Ich er-

lebe es immer wieder, dass es sich mit kleinbäuerlich engagierten Frauen redet, als würde man sich schon lange kennen; meistens muss ich schmunzeln, wenn sogar Lebenslinien ähnlich verlaufen. Ich schließe mit einem Spruch der „Miststücke on Tour“: „Wir wollen überall, wo wir auftreten, ein bisschen Dünger hinterlassen“ – das ist euch wirklich gelungen! Wir empfehlen euch weiter!

Judith Moser-Hofstler u. Doris Haspel,
AbL Franken

Zukunft auf dem Land ist Vielfalt!

ECVC Youth and Women's Assembly

Den Kopf voller Themen und eine AbL-Fahne im Rucksack fuhren wir zur jährlichen ECVC-Vollversammlung nach Brüssel. (ECVC ist der Dachverband bäuerlicher Organisationen in Europa, bei dem auch die AbL Mitglied ist.) Die Versammlung begann am Samstag, den 24. März, mit Vernetzung und Austausch der Jugendvertreter*innen. Darauf folgte am Sonntagmorgen die Versammlung der Frauen. Innerhalb der Jugendorganisation wurde darüber diskutiert, was überhaupt unter dem Begriff „Familie“ zu verstehen ist. Viele der jungen Bäuer*innen sehen ihre Zukunft eher in einer größeren Gemeinschaft, ob als Solidarische Landwirtschaft oder GbR. Darum müssen wir uns fragen: Was erleben wir an traditionellen Formen des Zusammenlebens als problematisch und was inspiriert uns für unsere Zukunft? Zum Beispiel das füreinander Sorgen verschiedener Generationen, wofür Breda Larkin von der irischen

Talamh Beo auch zwischen älteren Bäuer*innen und Neueinsteiger*innen Potential sieht. Aus den Niederlanden kommt die Einladung, gemeinsam einen Austausch zwischen Jungbäuer*innen verschiedener Länder zu organisieren, wofür das Erasmus-Plus-Programm der EU Fördermittel zur Verfügung stellen würde.

Solidarität

Wir freuten uns sehr, von gleich zwei Frauen*-Treffen aus der AbL berichten zu können und waren gleichzeitig damit konfrontiert, wie viel es noch zu tun gibt im Bereich Gleichberechtigung und Toleranz der verschiedenen Geschlechter und Identitäten. Auch sehr schmerzhaft Themen wurden angesprochen. Die spanische Landarbeiter*innengewerkschaft SOC-SAT setzt sich unter anderem für die Belange von Frauen ein, die aus Marokko für die Erdbeer- und Gemüseernte nach Südspanien rekrutiert werden und dort

in hohem Maße schlechten Arbeitsbedingungen, zu niedrigen Lohnzahlungen und sexueller Gewalt ausgesetzt sind. In einer ähnlich prekären Situation befinden sich rumänische Kleinbäuerinnen, deren Einkommensmöglichkeiten aus der eigenen Landwirtschaft durch die Konkurrenz auf dem europäischen Binnenmarkt schlechter werden. Darunter leiden auch Kinder, deren Eltern für Monate in westeuropäischen Ländern arbeiten, berichtete Ramona Diuiminicu von Eco Ruralis. Beide Organisationen rufen zu internationaler Solidarität auf. Die deutschen Supermarktketten sind zum Beispiel die größten Abnehmer von spanischem Gemüse. Dort ist für uns ein Ansatzpunkt, vor unserer eigenen Haustür Druck für bessere Arbeitsbedingungen unserer Kolleg*innen aufzubauen. Eine Mitgliedsorganisation berichtete auch vom Vorgehen gegen sexuelle Belästigung innerhalb der eigenen Strukturen. Es kam der Wunsch auf, europaweite

Frauen*-Treffen zu organisieren, um sich intensiver mit den teils sehr emotionalen Themen zu beschäftigen: so beispielsweise die verschiedene (wirtschaftliche) Anerkennung von Arbeit, die ungleiche Verteilung von Landbesitz und die Herausforderung, dass die Verantwortung für Kinder innerhalb der Familie meist hauptsächlich von Frauen getragen wird, ohne dass darüber eine faire Diskussion stattfindet. Das Sichtbarmachen von Vielfalt der Geschlechter und sexuellen Orientierungen innerhalb der Organisationen wurde als wichtig erkannt, um Bäuer*innen zu unterstützen, die sich in traditionellen Geschlechterrollen nicht wiederfinden.

Kaya Thomas,
Doro Sterz, jAbL

Weitere Informationen zum Europäischen Junglandwirt*innen-Austausch finden sich bald auf www.junge-abl.de

Bienen im Landschaftslabor

Zweites DAFA-Forschungsforum Bienen und Landwirtschaft

Die Deutsche Agrarforschungsalianz, kurz DAFA, ein Zusammenschluss der öffentlich geförderten Agrarforschungseinrichtungen Deutschlands, lud am 27. und 28. Februar 2019 ins Von-Thünen-Institut nach Braunschweig-Völkenrode zu einem zweiten Arbeits-Workshop ein. Bei diesem Fachforum waren gut 70 VertreterInnen aus Imker- und Landwirtschaftsverbänden, von Ämtern und Behörden, aus Forschungseinrichtungen und andere Akteure vertreten. Die Steuerungsgruppe der DAFA hat hierfür die Ergebnisse des Auftaktworkshops vom September 2018 (die Bauernstimme berichtete) zusammengetragen und strukturiert. Aus diesen Zwischenergebnissen wurden Leitfragen für sechs Unter-Arbeitsgruppen formuliert. Die parallel tagenden Arbeitsgruppen widmeten sich den Themenfeldern Pflanzenbau, Agrarlandschaften, Modellregionen, Bienengesundheit, Kommunikation sowie Forschungsorganisation und -förderung.

Da sich die Lebensbedingungen von Insekten in unseren Kulturlandschaften nur sehr langsam und eher kleinräumig verbessern lassen, wurde die Schaffung von Modellregionen als zielführendes Handlungsfeld diskutiert. Die Idee ist, dass beispielsweise auf Landkreisebene oder zumindest auf kommunaler Ebene (Hauptflugradius eines Bienenvolkes 3 km = ca. 28 qkm Befliegungsfläche!), bestimmte Maßnahmen ergriffen oder unterlassen werden und die LandnutzerInnen dafür einen monetären Ausgleich erhalten. Hier wären z. B. Einschränkungen oder Anwendungsverbote für bestimmte Pflanzenschutzmittel, weite, bestäuberfreundliche Fruchtfolgen, Förderung artenreicher Grünlandbewirtschaftung, verstärkter Zwischenfruchtanbau, Förderung von Landschaftselementen als Nahrungs- und Lebensraum für Wildbienen etc. denkbar. Auf der Basis dieser Experimentaldörfer ließen sich die ergriffenen Maßnahmen in Korrelation zur Bienengesundheit von Wirtschaftsvölkern und

dem Artenreichtum und der Häufigkeit schützenswerter Wildbienenpopulationen bringen. Diese „Landschaftslabore“ ließen valide Rückschlüsse auf effiziente und flächendeckende Bienen-schutzmaßnahmen in allen Kulturlandschaften zu.

Kommunikation verbessern

Um den Wissensstand rund um die Interaktionen von Bienen und Agrarlandschaften der Bevölkerung und LandnutzerInnen zugänglich zu machen und bestehende Informationsdefizite abzubauen, wird die Einrichtung einer internetbasierten Plattform erwogen, auf der aktuelle Forschungsergebnisse verständlich aufbereitet veröffentlicht werden sollen. Als dringend notwendig wurde die Einbindung von bienenbiologischen und imkerlichen Lehr- und Studieninhalten in die Lehr- und Studienpläne an berufsbildenden Schulen und Universitäten/Fachhochschulen gefordert. Aus dem Spektrum der agrarökologischen und bäuerlichen

Verbände wurden wichtige Impulse in den Strategieprozess der DAFA eingebracht. Hier geht es nicht nur um die Frage, wie Pflanzenschutzmittelrückstände in Bienen und Bienenprodukten (Honig, Pollen und Wachs) reduziert werden können, sondern auch um die sozioökonomischen und agrarpolitischen Steuerungsmöglichkeiten, die hierzu ergriffen werden müssen.

Die Steuerungsgruppe der DAFA will die vorläufige Forschungsstrategie Ende Mai auf ihrer Website veröffentlichen. Daran anschließend können dann noch ergänzende Forschungsfragen dort eingereicht werden. Nach der Sommerpause wird die DAFA die fertige Forschungsstrategie an das Bundeslandwirtschaftsministerium übergeben. Ab Herbst 2019 ist dann mit der Ausschreibung von Forschungsvorhaben zu „Bienen und Landwirtschaft“ zu rechnen.

*Uwe Schreiber,
AbL Schleswig-Holstein*

Weidemilch tut Kühen gut

Handelsketten reagieren auf Druck von NGOs und fordern Weidehaltung - Wer bezahlt die Bauern?

Um ihre Forderungen nach Veränderungen in der Landwirtschaft durchzusetzen, richten sich Organisationen (NGOs) wie Greenpeace immer stärker an die großen Handelsketten wie Rewe, Aldi, Lidl und Edeka. Einblick in diese Strategie gab Martin Hofstetter, Greenpeace-Agrarexperte, auf der Milchtagung von AbL, KLJB und Universität Kassel am Montag in Warburg-Hardehausen: „Der Lebensmitteleinzelhandel ist stark konzentriert in großen Handelsketten, die untereinander in hartem Wettbewerb stehen. Und sie vermarkten auch bei Milch viel über Eigenmarken, für die sie direkt Verantwortung haben.“ Aber nicht nur deshalb seien Handelsketten in den Fokus von NGO-Kampagnen gerückt, sondern auch weil die Berliner Agrarpolitik Veränderungen ewig ausbremse und stets auf den Markt verweise. Den Milchbauern empfahl Hofstetter: „Warten Sie nicht ab, sondern werden Sie zum Mitgestalter. Sprechen Sie mit NGOs. Bringen Sie Ihren Sachverstand lösungsorientiert ein. Und machen Sie Druck auf die Politik, damit die den Rahmen setzt.“

Die Kühe in den Sommermonaten täglich auf der Weide zu halten ist eine

zentrale Forderung von NGOs zur Milchherzeugung. Sven Lorenz vom Vorstand der Upländer Bauernmolkerei berichtet, dass bei der Molkerei mehrere Handelsketten nach Weidemilch in Bioqualität angefragt hätten. Daraufhin mussten zunächst konkrete Kriterien aufgestellt werden. Anfangs hätten Vorstellungen von 2.000 Quadratmeter reine Weideflächen je Kuh im Raum gestanden. Doch auch für Biobetriebe sei es zum Teil schwierig, genügend stallnahe Weideflächen vorzuweisen. Geeignet habe man sich daher auf mindestens 1.000 qm Weide und insgesamt mindestens 2.000 qm Grünland je Kuh. Selbstverständlich sei auch der Aufpreis, den die Milchviehalter für die zusätzlichen Weidemilch-Kriterien erhalten müssen, ein Thema der Gespräche mit dem Handel. „Wir brauchen rund fünf Cent mehr je Liter“, berichtete der Biomilchbauer Lorenz.

Gut für die Gesundheit

Über einen umfangreichen wissenschaftlichen Vergleich von Weidehaltung und ganzjähriger Stallhaltung berichtete Talea Hannegret Becker vom Grünlandzentrum Niedersachsen. In 15 Doktorar-



Die Milchtagung - Themen- und Referentenvielfalt

Foto: AbL

beiten sind 60 Milchviehbetriebe von 2013 bis 2018 intensiv begleitet und ausgewertet worden. Besonders für das Tierwohl der Kühe ergaben sich im Sommerhalbjahr Vorteile der Weidehaltung, was sich am Gesundheitsstatus u.a. von Klauen, Euter und Pansen zeigte. Im Winter, wenn auch die Weidekühe ganztägig im Stall sind, gliche sich der Status wieder denen der Ganzjahresstallhaltung an. Die Weidehaltung erfordere aber in den Betrieben ein besonderes Management, insbesondere in langen Regenperioden. „Weidebetriebe müssen zwei

Systeme beherrschen, Stall und Weide“, fasste Becker zusammen. Betriebswirtschaftliche Auswertungen ergaben bei reiner Stallhaltung höhere Gewinne, aber in Tiefpreisphasen auch höhere Verluste als bei Weidehaltung.

Weitere Beiträge zur positiven Wirkung der Weidehaltung auf die Klauengesundheit, der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Milchviehbetrieben und die negativen Auswirkungen der Exportorientierung der Milchpolitik in den vergangenen Jahrzehnten rundeten die Milchtagung ab.

uj

Steuergelder für ukrainischen Geflügelkonzern

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gestaltet den Geflügelmarkt

Der Geflügelkonzern „Myronivsky Hlibo-product“ (MHP) des Oligarchen und Milliardärs Yuriy Kosiuk aus der Ukraine, EU-Beitrittskandidat und seit 2017 über ein Assoziierungsabkommen mit der EU verbunden, erobert Schritt für Schritt den europäischen Markt und wird dabei tatkräftig unterstützt mit Steuergeldern auch aus Deutschland. Denn den jüngsten Schritt hat er im Februar mit der Übernahme des Geflügelproduzenten Perutina Ptuj im EU-Mitgliedsland Slowenien, für MHP der ersten Schritt von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Euro bekommen. Für MHP „als Europas am schnellsten wachsenden Geflügelproduzenten“ laut Kosiuk „ein wichtiger strategischer Schritt, um das Unternehmen zu einem wichtigen Akteur im weltweiten Geflügelgeschäft zu machen“.

MHP ist Marktführer im ukrainischen Geflügelmarkt mit nach eigenen Angaben einem Marktanteil von rund 35% des gesamten Hühnerfleischkonsums und mehr als 55% des industriell hergestellten Geflügelfleisches. Die Ukraine ist drittgrößter Geflügelfleischexporteur in die EU, wovon im Jahr 2018 90% ihren Ursprung in der Agrarholding MHP hatten. Die Vinnytsia Poultry Farm, eine der MHP-Produktionsstätten, ist laut MHP die größte Geflügel-farm Europas mit 17 Millionen Tieren. Bis 2021 ist eine Verdoppelung der Anlage geplant. Der Geflügelkonzern bewirtschaftet über 370.000 Hektar Land. Von den in der Ukraine an die Landwirtschaft in 2017 gezahlten Agrarsubventionen erhielt MHP alleine 42 Prozent.

Perutina Ptuj unterhält sieben vertikal integrierte Produktionsstätten (in Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) und drei Handelsgesellschaften

(in Österreich, Rumänien und Mazedonien), bewirtschaftet 4.000 Hektar, beschäftigt rund 3.700 Mitarbeiter und gilt als Südosteuropas größter Lebensmittelverarbeiter. Durch die Übernahme erhofft man sich größere Möglichkeiten insbesondere zur Öffnung westeuropäischer Märkte.

EU-Förderung

„Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 gegründet, um den Aufbau der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen“, schreibt die EBWE. Anteilseigner der EBWE sind 66 Länder und zwei zwischenstaatliche Institutionen (EU-Kommission und Europäische Investitionsbank), also öffentliche Träger, die folgerichtig aus Steuergeldern das Kapital der Bank aufbringen. Zum 31.12. 2017 waren die USA die größten Anteilseigner gefolgt von Deutschland (255.651 Anteile zu einem Nennwert von 10.000 Euro pro Anteil, wobei die Anzahl der Anteile gleichbedeutend ist mit der Anzahl der Stimmen des jeweiligen Mitglieds), Frankreich, Italien und Japan auf gleicher Höhe mit großem Abstand zu den nächsten Mitgliedern.

„Bei allen ihren Aktivitäten hat sich die EBWE der Förderung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung verschrieben. Wir wollen sicherstellen, dass die von uns finanzierten Projekte sozial und ökologisch nachhaltig sind, die Rechte von betroffenen Arbeitnehmern und lokalen Gemeinden respektieren und im Einklang mit anwendbaren Regulierungsvorschriften und guter internationaler Praxis stehen“, erklärt die EBWE.

Doch davon ist die Bank angesichts der Förderung der MHP-Aktivitäten weit entfernt. Denn es gibt erheblichen Widerstand und deutliche Kritik von Gemeinden, Anwohnern, Umweltorganisationen bis hin

zu ukrainischen Behörden an den und um die Produktionsstätten des Agrarkonzerns in der Ukraine.

In Brunnen um die Geflügelfarmen werden stark überhöhte Nitratwerte gemessen, wobei die Menschen auf das Wasser angewiesen sind, denn es gibt keine zentrale Wasserversorgung. Auf wilden Mülldeponien um die Dörfer liegen Kanister, Säcke, Plastikbehälter von Pestiziden und Antibiotika sowie Tierkadaver. „Die Regeln zur Anwendung von Pestiziden und Agrochemikalien werden nicht eingehalten“, stellt bei Kontrollen das Nationale ökologische Zentrum der Ukraine 2017 fest. Der durch die Dörfer teilweise im Minutentakt fahrende Schwerlastverkehr gefährdet und belastet die Bewohner. Es wird davon berichtet, dass Gegner von MHP-Projekten eingeschüchert und tätlich angegriffen werden. Dorfgemeinschaften, die zu 80 Prozent gegen MHP-Projekte sind, fühlen sich mit ihren Argumenten nicht ernst genommen oder von den Projektbetreibern getäuscht. Umweltverträglichkeitsprüfungen arbeiten mit unzureichenden Datengrundlagen und Folgeabschätzungen der MHP-Projekte werden nicht vorgenommen.

Ein Monopolist

Vor diesem Hintergrund kommt angesichts der erheblichen ökologischen und sozialen Auswirkungen deutliche Kritik von der ukrainischen Umweltorganisation bankwatch, die sich kritisch insbesondere mit den Folgen von Bankenaktivitäten auseinandersetzt. Neben der EBWE haben auch die Europäische Investitionsbank (EIB), die IFC als Teil der Weltbank-Gruppe und die Agrarsubventionen der Ukraine dazu beigetragen, dass der MHP-Konzern insgesamt mehr als eine halbe Milliarde US-Dollar aus öffentlichen Mitteln erhalten hat. „Dieser Agrarkonzern ist der größte Geflügelfleischkonzern der Ukraine, praktisch ein Monopolist. Und doch wird dieser mächtige Konzern von europäischen Banken finanziert. Aber warum? Diese Banken haben ihr Kapital doch von europäischen Steuerzahlern“, fragt Vladlena Martsynkevych von bankwatch bereits 2017 im ARD-Magazin Fakt. Und „warum“ und „wo bleiben wir“, das können sich auch die europäischen Geflügelzüchter fragen, wenn die EBWE als Projektziel ihres MHP-Kredits schreibt: „Das Projekt wird die Strategie der MHP Group unterstützen, ihre Aktivitäten in der EU und in anderen Ländern auszubauen, um ein multinationaler Produzent zu werden“.

Vergaberichtlinien überarbeitet

Alle fünf Jahre werden die Richtlinien zur Kreditvergabe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) überarbeitet. In 2019 steht diese Überarbeitung wieder an. Aus Kreisen von Nichtregierungsorganisationen wurden bereits Forderungen laut wie zum Beispiel keine Förderung von Massentierhaltung, strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips, konsequente Achtung der Menschenrechte, strikte Beachtung der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Social Development Goals (SDGs).

Über die Kreditpolitik der EBWE entscheidet als oberstes Organ der Gouverneursrat, in den jedes Land ein Mitglied, i. d. R. den Finanzminister, sowie einen Stellvertreter entsendet. Das Stimmrecht eines Mitglieds entspricht seinem Kapitalanteil. Entsprechend groß ist die Möglichkeit für den deutschen Finanzminister, die entsprechenden Zeichen zu setzen. *FebL*



Eine der Produktionsstätten von MHP; die Ställe gehen links noch weiter

Foto: MHP

FebL

Leserbrief: Tönnies-Neuland-Kooperation

Als Bauernstimme-Leserin möchte ich gern meine Meinung zum Thema Tönnies und Neuland äußern. Ich bin über die Kooperation absolut fassungslos und wütend und hätte nie gedacht, dass es so weit kommen könnte. Mit Tönnies zusammenarbeiten steht für mich ungefähr auf der

gleichen Stufe wie mit Bayer zusammenarbeiten und bedeutet für mich einen totalen Glaubwürdigkeitsverlust. Der Umgang von Tönnies mit Mensch, Tier und Umwelt ist für mich in keinsten Weise vereinbar mit der Agrarwende, die wir für eine nachhaltige, solidarische und klimafreundliche Zu-

kunft brauchen. Was ich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht verstehe, ist das Rumgehacke der Bauernstimme auf den Bio-Anbauverbänden in Bezug auf Lidl & Co. Da wären für mich jetzt mal ein paar kritische Reportagen über Tönnies, seinen Beitrag zur Verfehlung der Klimaziele, die Lebensrealität der Schlachthof-Arbeiter*innen und die

komplette Abwertung von Tieren zu industrieller Massenware angebracht. Dem AbL-Vorstand möchte ich sagen: keine „kritische Begleitung“, sondern raus aus Neuland, solange diese Kooperation andauert. Es muss eine bessere Lösung für Betriebe geben, die um ihre Existenz kämpfen.

Rebecca Simon, Stuttgart/Sillenbuch

Wachsen und Erwachsenwerden



Wenn man in den 90er Jahren in Witzenhausen, damals noch an der Gesamthochschule Kassel, Landwirtschaft studiert hat – den damals gerade mit viel Idealismus von Studierenden durchgesetzten Schwerpunkt Ökolandbau, dann liest sich das Buch von Anja Hradetzky wie die selbstverständliche Geschichte und die alltäglichen Träume der meisten Kommilitonen dort. Niemand zweifelte daran, wie sie „als Cowgirl die Welt zu bereisen und ohne Land und Geld zur Bio-Bäuerin zu werden“, natürlich in Hofgemeinschaften oder Kommunen mit viel geistiger und handfester Nahrung und kaum echtem Geld. Nicht wenige versuchten ihre Träume zu leben und

wurden am Ende doch Berater und Beraterinnen für Ökolandbau oder andere Festangestellte, spätestens wenn Kinder sich ankündigten. Das Bestechende an Anja Hradetzky, ihrem Weg und ihrem Buch ist, dass sie es durchzieht. Zwar beschreibt sie auch Zweifel und mulmige Gefühle, aber sie macht. Vielleicht ist es die Mentalität einer 20 Jahre jüngeren Generation, sich nicht so viele Gedanken zu machen, sondern die Gelegenheiten zu ergreifen, wie sie kommen, vielleicht ist es einfach auch nur die Geschichte einer jungen Frau, die macht. Locker zu lesen, nimmt Hradetzky die Leser und Leserinnen mit auf eine Reise aus den Niederungen einer der Landwirtschaft und Lebens-

mitteln entrückten Discounterwelt zurück zur Natur. Es ist die Reise des Erwachsenwerdens, was eigentlich ein viel spannenderer Aspekt des Buches ist als alles Landwirtschaftliche. Gerade reist Hradetzky „in echt“ wieder, um auf Höfen aus ihrem Buch vorzulesen und mit ihrem Publikum ins Gespräch zu kommen.

Lesetermine:
Mi, 10.4. Meiningen
Mi, 8.5. Dresden

Anja Hradetzky, Hans von der Hagen: *Wie ich als Cowgirl die Welt bereiste*, 342 Seiten, Dumont Reise Verlag, ISBN: 9783770166848, 16,99 €, zu beziehen über den AbL-Verlag

KTBL-Standardwerke neu aufgelegt

Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) hat die „Faustzahlen für die Landwirtschaft“ nun in der 15. Auflage neu herausgebracht. Das umfangreichste deutschsprachige Nachschlagewerk ist um Themen im Bereich Tiererschutz (inkl. Kostenansätze) ergänzt

worden: KTBL (2018): Faustzahlen für die Landwirtschaft. 1.385 Seiten. 30,00 Euro.

Eine neue Auflage liegt auch für die KTBL-Datensammlung „Betriebsplanung Landwirtschaft 2018/19“ vor. Das Werk enthält für alle wesentlichen Maschinen und Produktionsverfahren

die gängigen einzelbetrieblichen Kalkulationsgrundlagen. Sehr hilfreich sowohl für junge Betriebsleiter/innen als auch für „alte Hasen“:

KTBL (2018): *Betriebsplanung Landwirtschaft 2018/19*. 776 Seiten. 26,00 Euro. Beide Bücher sind über den ABL-Verlag zu beziehen.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe □ 2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro □ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Mai ist der 25. April 2019.**
Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Hof und Arbeit

• **Großraum München:** Hobbyschaffhalterin sucht guten Betreuungsplatz für 5 Schafe, wo sie auch Wochenenden verbringen und mithelfen könnte. Chiffre 04-2019

• **Hofnachfolger gesucht!** Milchviehbetrieb mit Weidehaltung in Südniedersachsen, 80 ha Grün- und Ackerland. SCHWARZE.KAIERDE@GOOGLEMAIL.COM

Betriebsleiter (w/m/d) für Landwirtschaft/Milchvieh gesucht

Wer wir sind:

Der **Hamfelder Hof** ist Gründungsbetrieb der Bauerngemeinschaft Hamfelder Hof und der Hamfelder Hof Bauernmeierei in Mühlenrade. Der Hof liegt in Hamfelde Stormarn und wird seit 1986 ökologisch bewirtschaftet. Die landwirtschaftliche Fläche beträgt ca. 110 ha (arrondiert), mit eigenem Futterbau. Der Betrieb ist auf Milchviehhaltung spezialisiert, bei einer Herdengröße von ca. 60 – 70 Milchkühen zzgl. Nachzucht. Im Zuge der Hofnachfolge und zur weiteren Entwicklung unseres Hofes suchen wir einen Betriebsleiter / Herdenmanager für die operative Führung unseres Betriebes und zur gemeinsamen Erarbeitung und Umsetzung der geplanten Weiterentwicklung unseres Hofes. Wir haben das Ziel unseren Hof im ökologischen Sinne weiterzuentwickeln und streben perspektivisch auch wieder eine größere Diversifizierung der Erzeugnisse an.

Ihre Aufgaben:

- Leitung und Weiterentwicklung unserer ökologischen Landwirtschaft mit Milchviehherde, inkl. Außenwirtschaft
- Aufbau und die Führung eines kleinen Mitarbeiterteams
- Mitarbeit im Tagesgeschäft

Das bringen Sie mit:

- Erfahrung in der Leitung eines landwirtschaftlichen Betriebes mit Milchvieh und eine abgeschlossene landwirtschaftliche oder vergleichbare Ausbildung
- Unternehmerisches Denken und Handeln
- Die Bereitschaft anzupacken und eine gewissenhafte und gründliche Arbeitseinstellung
- Begeisterung für ökologischen Landbau
- Freude an der Weiterentwicklung vorhandener und dem Aufbau neuer Strukturen/Ideen
- Führerschein Klasse B und T
- Bereitschaft zur Weiterbildung

Wir freuen uns über Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Gehaltsvorstellung. Senden Sie diese gerne per Mail an janosch.raymann@hamfelderhof.de

Pellworm und die Klimaklage

03. 04. 2019, 19.30 Uhr, Pellworm
Diskussionsveranstaltung mit: Familie Backsen (Klimakläger), Severin Pabsch (Rechtsanwalt), Ernst August Thams (Deich- und Sielverband), Rainer Borcherding (Schutzstation Wattenmeer), Anike Peters (Greenpeace), Alexander Nauels (Climate Analytics).
Danzsool, Pellworm

Fachmesse Bio-West

07.04.2019, 9.00 Uhr, Düsseldorf

Kuhgebundene Kälberaufzucht

08.04.2019, 10 Uhr, Legau
Praktikerdialog.

Unkostenbeitrag 20,-€. Programm, Anmeldung und Infos: <https://schweisfurth-stiftung.de/termine/>

Bund-Länder-Agrarministerkonferenz

10.-12. 04. 2019, Landaul/Pfalz

Flagge zeigen

10. 04. 2019, 10 Uhr, Brüssel
Solidaritäts-Kundgebung der afrikanischen und europäischen Milchbauern. Am 10. April wird vor dem EU-Ratsgebäude eine wichtige symbolische Aktion stattfinden. Gemeinsam mit unseren Kollegen aus Mali, Burkina Faso, Senegal, Mauretanien, dem Tschad und Niger werden wir, die europäischen Erzeuger, Flagge zeigen. Wir möchten der EU-Politik vor Augen führen, welche Auswirkungen die europäische Überproduktion auf die lokale Milchwirtschaft in Westafrika hat.
Treffpunkt vor dem Ratsgebäude der EU in der Rue de la Loi, Brüssel, Infos: www.europeanmilkboard.org

Abl-Franken

14.04.2019, 14 Uhr, Burggrumbach
Saat- und Pflanzguttauschbörse. 97294 Burggrumbach, Bergstr. 28, Infos unter 0157/78818097

Fachmesse Bio-Ost

14.04.2019, 9.00 Uhr, Leipzig

Zukunft der Landwirtschaft

24.04., 19.30 Uhr, Großenkneten
Referenten: Dietz Wichers (Junglandwirt) und Georg Janßen (Abl)

Ort: Gasthaus Kempermann, Großenkneten

46. Weissacher Imkertag

24.04.2019, 9.30 Uhr, Weissach U.a.: Aktuelles aus der Landesanstalt für Bienenkunde, neue Präparate zur Varroabekämpfung.

Ort: Strudelbachhalle, Flachter Straße 60, 71287 Weissach

Hauptversammlung Bayer AG

26.04.2019, ab 8 Uhr, Bonn
Demo zur Hauptversammlung. Ort: 53113 Bonn, Platz der Vereinten Nationen 2

Menschenrechte schützen

26.-27.04.2019, Göttingen
Multiplikator*innentraining zur Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“

Anmeldemöglichkeit und Informationen: www.gerechter-welthandel.org/multiplikatorentaining

Saatgutfestivals

www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine

Via Campesina Aktionstag

17.04.2019 Weltweit
Internationaler Tag des Kleinbäuerlichen Widerstandes.

<https://viacampesina.org/en/events/>

BEATS + BOHNE
WIR HABEN ES SATT
JUGENDFESTIVAL

- ☞ Genieße den Sommer unter freiem Himmel
- ☞ Entwickle Visionen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft
- ☞ Vernetze Dich mit anderen jungen Menschen bei gutem Essen und guter Musik.

20-23. JUNI 2019 | JUGENDFESTIVAL | BEI FRANKFURT (MAIN)
JETZT TICKETS HOLEN: WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE

Abl Mitteldeutschland

Stammtisch Thüringen:
jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, BioKaufladen Clärchen in Erfurt.

Stammtisch Sachsen-Anhalt:
jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im Celtis Kulturgarten in Halle

Stammtisch Sachsen:
jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Kümmelschänke Kümmelschänkenweg 2, Dresden-Omsewitz
Achtung: Stammtisch am 12. April!

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!

Ein Europa für Alle
DEINE STIMME GEGEN NATIONALISMUS

DEMO 19. MAI
ZEITGLEICH IN
BERLIN
FRANKFURT
HAMBURG
KÖLN
LEIPZIG
MÜNCHEN
STUTTGART
UND VIELEN
ANDEREN
EUROPÄISCHEN
STÄDTEN

WWW.EIN-EUROPA-FUER-ALLE.DE

grünes blatt

Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar
mail@gruenes-blatt.de



11. Bauernwallfahrt nach Altötting
HEIMAT- Mach was draus: Sei Zukunft
 Sonntag, 07. April 2019 um 11.30 Uhr

Gottesdienst in der Wallfahrtsbasilika Sankt Anna, mit:
Bischof William Ernesto IRAHETA RIVERA aus El Salvador,
Pfarrer Michael Witt und **Martin Winklbauer** als **Heiliger Gunther**
 Segnung von Tieren und Heilkräutern durch den
Stiftspropst Günther Mandl, Administrator der Gnadenkapelle und
Pfarrer Klaus Göpfert, Evangelische Kirche „Zum Guten Hirten“.

Nach der Tiersegnung und dem gemeinsamen Mittagessen
 findet im Gasthof Zwölf Apostel ein unterhaltsamer Nachmittag
 mit dem bekannten Bauern, Autor und Regisseur
Martin Winklbauer vom Landvolktheater Halsbach statt.
 Thema seines Vortrags: „HEIMAT und LANDLUST“
 Musik: **Singkreis Asten und die Blasmusik der Bauernwallfahrt**
 Ort: Basilika Sankt Anna, Bruder-Konrad-Platz, 184503 Altötting

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauern-
 stimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,
 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
 Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

AbL **Landeskontakte**

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Geschäftsstelle: Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnieds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Geschäftsstelle: Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
 Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef
 Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und
 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782,
 margaretestoiber@t-online.de;
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

Thüringen

Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderba-
 cherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

Sachsen

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.
 braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kon-
 takt@beerenbunt.de

AbL **Mitgliedsantrag**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 Ich zahle: nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit
 zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____
 Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens
 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundes-
 post im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.
 Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____

Von der Demo aufs Festival!

Die diesjährige „Wir haben es satt!“-Demo zeigte wieder eindrücklich, dass sich viele junge Menschen für die Agrar- und Ernährungswende einsetzen. Junge Bäuerinnen und Bauern, die auf ihren Traktoren nach Berlin gefahren sind, junge Lebensmittelhandwerker*innen, junge Aktivist*innen und Konsument*innen führten gemeinsam im bunten und vielfältigen Jugendblock die Demo an.

Diese wichtige junge Bewegung möchten wir weiter stärken! Deshalb organisiert die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ das Wir-haben-es-satt!-Jugendfestival „Beats+Bohne“ vom 20. bis 23. Juni auf dem Dottenfelder Hof bei Frankfurt a. M. Mit diesem Festival bieten wir einen Rahmen, um die jungen und jung gebliebenen Engagierten, die jährlich zur Demo nach Berlin kommen oder sich auf anderem Wege für die Agrarwende einsetzen,

zusammenzubringen. Das Beats+Bohne-Festival soll ein Ort werden, an dem sich die Teilnehmer*innen über eine zukunftsfähige Landwirtschaft austauschen und weiterbilden. Hier können sich Aktivist*innen aus verschiedenen Jugendorganisationen vernetzen und ein konstruktiver Austausch zwischen Stadt und Land, zwischen jungen Landwirt*innen und Umweltschützer*innen, zwischen Köch*innen und Food-Aktivist*innen angestoßen werden. Dieser ist die Voraussetzung für einen nachhaltigen und in der Gesellschaft verwurzelten Wandel zur Agrar- und Ernährungswende.

An der Planung des Festivals sind eine Vielzahl verschiedener Jugendorganisationen beteiligt: bäuerliche Organisationen wie die junge AbL, das Bündnis Junge Landwirtschaft, das Öko-Junglandwirte-Netzwerk und die katholische Landjugendbewegung,

junge Naturschützer*innen von NAJU, BUNDjugend, WWF-Jugend und dem FÖJ-Förderverein sowie das kritische Verbraucher*innennetzwerk Slow Food Youth und die jungen Öko-Lebensmittelhersteller*innen der AÖL. Was erwartet die Teilnehmer*innen?

Bei bestem Sommerwetter wird ein abwechslungsreiches Programm mit vielen Arbeitsgruppen, Diskussionen und Vorträgen geboten. Diese beschäftigen sich beispielsweise mit Fragen der Landvergabe, der Macht von Einzelhandel und Großkonzernen, Ernährungssouveränität und vielen weiteren interessanten Themen. Es wird außerdem ein umfangreiches praktisches Workshop-Programm geben, zum Beispiel öffnet die Käserei des Dottenfelder Hofes ihre Türen. Es werden verschiedene Führungen und Upcycling-Workshops angeboten.

Zusätzlich gibt es ein buntes Begleit-

programm mit Lesungen, Konzerten, Kino und Theatervorführungen. Mit dabei sind Matthias Stührwoldt und Anja Hradetzky, die aus ihren Büchern lesen. Auf der Theaterbühne wird unter anderem das Stück „Feldforschung – Protokoll einer mageren Ausbeute“ aufgeführt und der Felsenkeller wird kurzerhand in ein agrarpolitisches Kino verwandelt. Nicht zuletzt regen Bands und DJs zum Tanzen und Ausspannen an und sorgen für beste Festivalatmosphäre. Natürlich ist auch Platz zum Sonnenbaden auf der Streuobstwiese und zum Kraft-Tanken im Schatten des Wäldchens hinter den Workshop-Zelten. Übernachtet wird in einem Camp, dafür müssen Zelte, Isomatten und Schlafsäcke selbst mitgebracht werden. Für das leibliche Wohl der Teilnehmenden sorgt der erfahrene Demo-Koch Wam Kat mit dem Team der Fläming Kitchen. Es verspricht wie immer sehr lecker zu werden!

Tickets für das Festival gibt es ab sofort unter www.wir-haben-es-satt.de/festival.

Sommerwetter, buntes Programm und leckeres Essen sind im Ticketpreis enthalten! Ihr solltet euch beeilen, denn bei 500 Teilnehmenden ist leider Schluss. Auf der Internetseite findet ihr auch einen vorläufigen Programmüberblick und alle weiteren Details.

Meine Landwirtschaft



Eindrücke vom Sommercamp in Wietze

Foto: Meine Landwirtschaft

Tickets:

incl. Verpflegung:
50 Euro (normal) / 70 Euro (Soliticket)
Jetzt kaufen unter www.wir-haben-es-satt.de/festival

unabhängige bauernstimme: auch bei Beats und Bohne

04/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.